

Stenographisches Protokoll.

35. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich.

IV. Gesetzgebungsperiode.

Montag, 8. Juni 1931.

Inhalt.

Bundesregierung: Zuschrift des Bundeskanzlers, betr. die Betrauung des Bundesministers für Land- und Forstwirtschaft Dr. Engelbert Dollfuß mit der zeitweiligen Vertretung des Bundesministers für Heereswesen Carl Vaugoin (957).

Verhandlung: 1. Lesung der Regierungsvorlagen, betr. das Bezugskürzungsgezet (B. 132) und die Personalsteuernovelle vom Jahre 1931 (B. 134) — Dr. Danneberg (957), Dr. Buresch (965), Foppa (965), Neustädter-Stürmer (969), König (972), Janicki (976).

Ausschüsse: Zuweisung des Antrags Nr. 150 an den Justizausschuß, Nr. 151 an den Ausschuß für soziale Verwaltung, Nr. 152 an den Verfassungsausschuß (980).

Wahl Kapral als Ersatzmann des Immunitätsausschusses an Stelle Dr. Rienböck (980).

Verteilt wurden:

Berichte des Immunitätsausschusses B. 137 und 138.

Tagesordnung: 1. Lesung des Bezugskürzungsgezetes (B. 132) und der Personalsteuernovelle vom Jahre 1931 (B. 134).

Präsident Dr. **Renner** eröffnet die Sitzung um 3 Uhr 15 Min. nachm. und erklärt die Protokolle über die Sitzungen vom 2. und 3. Juni als genehmigt. Es ist folgendes Schreiben eingelangt:

„An den Herrn Präsidenten des Nationalrates!

Der Herr Bundespräsident hat mit Entschliebung vom 5. Juni 1931 in Anbetracht der zeitweiligen Verhinderung des Bundesministers für Heereswesen Carl Vaugoin den Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft Dr. Engelbert Dollfuß für die Dauer dieser Verhinderung gemäß Artikel 73 des Bundes-Verfassungsgesetzes in der Fassung von 1929 mit der Vertretung des Bundesministers für Heereswesen betraut.

5. Juni 1931.

Dr. Ender.“

Diese Mitteilung dient zur Kenntnis.

Es wird zur Tagesordnung übergegangen. Der erste Punkt der Tagesordnung ist die erste Lesung der Regierungsvorlagen, betr. die Kürzung der Bezüge der Bundesangestellten und der Pensionsparteien des Bundes (Bezugskürzungsgezet) (B. 132) und über die Einführung einer Besoldungssteuer (Personalsteuernovelle vom Jahre 1931) (B. 134).

Dr. Danneberg: Hohes Haus! Zur ersten Lesung stehen heute zwei außerordentlich wichtige Fragen, die für die weitesten Kreise der Angestellten-schaft, für die Gesamtheit der öffentlichen Angestellten und auch für die staatsfinanzielle Lage von großer Bedeutung sind. Es ist gewiß ein ganz sonderbarer Vorgang, daß Vorlagen von solcher Tragweite dem Hause unterbreitet werden, ohne daß die Regierung es der Mühe wert findet, sie dem Hause persönlich vorzulegen und sie in unmittelbarer mündlicher Aussprache zu begründen. Wortlos wurden diese Vorlagen auf den Tisch des Hauses gelegt, und was wir dazu gehört haben, waren nur die schrillen Töne vom Schwarzenbergplatz, der seine Apologie der Strafella-Moral (*Zustimmung links*) mit dem Appell zur Sparsamkeit verknüpfte und die Anpassung an die Karglichkeit, wie die Herren das in ihrem Beschlusse genannt haben, als eine Schicksalsfrage für Österreich bezeichnete.

Hohes Haus! Es handelt sich hier in der Tat um ganz außerordentlich wichtige Vorlagen, die im Zusammenhang mit der ganzen finanziellen Lage des Bundes beurteilt werden müssen. Ich möchte daran erinnern, daß in der Zeit, in der der Voranschlag für das Jahr 1931 im Finanzausschusse verabschiedet worden ist, wir Sozialdemokraten an den Herrn Finanzminister die Frage gerichtet haben, ob die zahlenmäßigen Ansätze dieses Voranschlages, der ja Monate zurück fertiggestellt worden ist, überhaupt noch stimmen und ob das Parlament diesen Voranschlag ruhig verabschieden könne. Der Herr Finanzminister hat damals eine sehr beruhigende Rede gehalten, ja, er hat die Situation damals sogar so gesehen, daß er in wiederholten Erklärungen im Finanzausschusse noch besonders hervorgehoben hat, die Regierung halte an ihrem Programm der Steuerermäßigungen fest.

Dann kam der Voranschlag in das Haus, und just an dem Tage, an dem er hier verabschiedet worden ist, hat die Regierung in einer Sitzung schon eine Reihe von Abstrichen von diesem Budget beschlossen, die im ganzen 44 Millionen Schilling ausgemacht haben. Wir haben wiederholt, bei allen Gelegenheiten, die sich geboten haben, im Hause und in den Ausschüssen, die Frage an die Regierung gerichtet, welche Bewandnis es mit diesen Abstreichungen eigentlich habe. Denn wir sind nicht der Meinung, daß das Budgetrecht des Parlaments darin bestehe, irgendwelche Zahlen im Budget zu bewilligen, und daß dann die Regierung innerhalb dieser Zahlengrenze machen könne, was sie

wolle. Die Regierung hat uns daraufhin immer wieder erklärt, es handle sich eigentlich gar nicht um irgendwelche Abstriche vom Budget, sondern nur um eine Mahnung zur Vorsicht für die verschiedenen Ressorts, bei ihren Ausgaben nicht allzu large vorzugehen; vielleicht werde man später genötigt sein, irgendwelche Streichungen vorzunehmen, vorläufig sei das nicht der Fall, und daher gehe diese Sache das Parlament überhaupt nichts an. Und so hat man dem Parlament gar nicht gestattet, in diese Dinge Einblick zu nehmen, und es ist eigentlich bisher für das Parlament ein Geheimnis, worin denn diese Streichungen von 44 Millionen Schilling bestehen. Die Regierung hat darüber dem Parlament bis zum heutigen Tag keine Aufklärung gegeben, und es ist sonderbar, daß man überhaupt über die gesamte staatsfinanzielle Lage von der Regierung offiziell Aufklärungen nicht bekommt.

In einem Augenblick, in dem Vorlagen von solcher Tragweite vor das Haus kommen wie die beiden, die uns heute hier beschäftigen, in einem Augenblick, wo die Regierung ja auch andere Vorlagen, die mit den Staatsfinanzen zusammenhängen, dem Hause unterbreitet hat — ich erinnere an die Vorlage über die Arbeitslosenversicherung, an die Vorlage über die Erhöhung der Zölle auf Kaffee und Tee, an das Gesetz über die Übergangssteuer für Weizen und Roggen, das ja auch einen anderen Zusammenhang hat, aber auch staatsfinanziell natürlich seine Auswirkungen bekommt, ich erinnere daran, daß der Hauptausschuß demnächst zusammentreten soll, um eine Erhöhung der Salzpreise und eine Erhöhung der Tabakpreise zu beschließen —, in einer Zeit also, in der die Regierung mit einer ganzen Serie von Gesetzesvorlagen kommt, die einerseits Steuererhöhungen enthalten und auf der anderen Seite Reduktionen staatlicher Ausgaben bringen, wäre es doch unerlässlich, hier zu allernächst aus dem Munde der Regierung zu hören, wie es denn eigentlich mit den Staatsfinanzen stehe und worin alle diese Vorlagen ihre Begründung haben. Davon erfahren wir aber nur so gelegentlich und stückweise irgend etwas aus dem Munde eines Ministers, der zufällig in irgendeiner Konferenz seiner Partei eine Rede hält, über die dann in den Zeitungen berichtet wird. Darüber liest man gelegentlich irgend etwas in den Zeitungen, die der Regierung nahestehen, aber eine offizielle Erklärung der Regierung über die Lage des Bundeshaushaltes hat das Parlament bisher nicht vernommen und soll sich mit Vorlagen solcher Art beschäftigen wie die, die wir heute vor uns haben.

Kürzlich war in dem Zentralorgan der Regierungspartei zu lesen, daß das Defizit des Bundes für das heurige Jahr auf 150 Millionen Schilling geschätzt werde, wobei das Defizit der Bundesbahnen noch nicht mitgerechnet sei. Die Schätzung beruht offenbar auf den Ergebnissen, die sich in den ersten Monaten dieses Jahres gezeigt haben, und sie nimmt auch schon erhöhte Zolleinnahmen vorweg. Wir wissen ja, daß die Steuer-

ermäßigungen, die die bürgerlichen Parteien ihren Wählern seit vier Jahren versprochen haben, nur in einem sehr, sehr geringen Ausmaße wirklich erfolgt sind. Ich glaube, daß man außer den Ermäßigungen der Luxuswarenumsatzsteuer und der Effektenumsatzsteuer kaum irgend etwas finden wird, was wirklich ermäßigt worden ist, während die Regierung jetzt mit einer Serie von Erhöhungen kommt. Die Vorlage, die schon im Finanzausschuß liegt, bezweckt eine Verdopplung des Finanzzolles, also der Steuer, die auf Kaffee und Tee liegt, und man muß sagen, wenn man dann für 1 Kilo gerösteten Kaffees ohne Warenumsatzsteuer 3 S 90 g Zoll zahlen muß, so bedeutet das, daß dieser Zoll für die schlechteren und besseren Kaffeesorten ein und derselbe ist, daß etwa die Hälfte des Kaffeepreises Steuer und Einnahme des Finanzministers sein wird. Das ist also keine Kleinigkeit. Die Regierung, die Steuerermäßigungen versprochen hat, kommt jetzt mit einer Erhöhung der Tabakpreise, die auch, soviel man bisher gehört hat, vor allem unten anfängt und diejenigen belasten will, die die geringste Belastung ertragen können. Wir hören ja, daß die Zigarettenpreise, vor allem für die schlechtesten Sorten, erhöht werden und daß hier Erhöhungen um 33 $\frac{1}{3}$ und um 50 Prozent vorgenommen werden sollen, während man bei den teureren Sorten kaum irgend etwas ändert.

Die Regierung kommt also mit einer ganzen Serie von Steuer- und auch von Zollerhöhungen. Die Zollvorlage, die jetzt im Zollausschuß zur Verhandlung steht, würde ja, wenn sie Gesetz würde, dem Finanzminister ungeheure Einnahmen bringen. Es wird behauptet, daß trotz dieser Einnahmen immer noch ein Defizit von 150 Millionen Schilling vorhanden sein soll, und die Regierung will dieses Defizit wettmachen durch die Verschlechterung der Arbeitslosenversicherung, durch wesentliche Ersparnisse bei den Beamten, eben durch die beiden Vorlagen, die heute zur Verhandlung stehen, durch eine Reihe von Steuern und durch Streichungen beim Sachaufwand. Soviel man da in den Zeitungen gelesen hat — denn wie gesagt, Erklärungen der Regierung liegen leider überhaupt nicht vor —, soll es nun wirklich zur Streichung dieser 44 Millionen Schilling kommen, und es sollen noch weitere 20 Millionen Schilling vom Sachaufwand gestrichen werden, was zu einem guten Teil wenigstens bedeutet, daß durch diese Streichungen neue Arbeitslosigkeit in Österreich erzeugt wird. (*Zustimmung links.*)

Es ist kein Zweifel: ein Budgetdefizit von 150 Millionen Schilling ist keine Kleinigkeit; das ist eine überaus ernste Sache, und es ist natürlich Pflicht der Regierung und auch Pflicht des Parlamentes, sich darum zu kümmern und es im Staate nicht etwa zu irgendeiner finanziellen Deroute kommen zu lassen. Die Ordnung des Budgets, die Ordnung im Staatshaushalt ist ein absolut gemeinsames Interesse aller Kreise der Bevölkerung, darüber besteht natürlich gar kein Zweifel. Aber das, worüber die Meinungen schon auseinander-

gehen, ist die andere Frage, welcher Weg eingeschlagen werden soll, um ein Defizit im Bundeshaushalt zu beseitigen. Die Regierung schlägt neue Steuern und zugleich Ersparungen vor. Es mag sein, daß beide Wege zugleich gegangen werden müssen, aber es kommt dann darauf an, was für Steuern und was für Ersparungen gemacht werden sollen, und darüber gehen die Meinungen sehr auseinander. Hier tritt eben, wie in allen wirtschaftlichen Dingen, der Klassengegensatz unmittelbar zutage. Wir sind der Meinung, beim Opfern sollten in der vordersten Reihe die stehen, die es am leichtesten könnten. *(Beifall links.)* Das müßte der allererste Grundsatz sein, nach dem die Regierung und das Parlament zu handeln hätten, dies um so mehr, hohes Haus, als der österreichische Bundesbürger ja ein bitteres Gefühl nicht loswerden kann, wenn von solchen Dingen, von Ersparungen und von neuen Steuern, die Rede ist. Wissen wir doch, daß mit öffentlichen Geldern in Österreich jahrelang nicht gerade sehr sorgfältig umgegangen worden ist. *(So ist es! links.)* Ich habe schon einmal hier gesagt, der Bundeshaushalt trägt die Wundmale einer traurigen Vergangenheit. Daran erinnern sich die Massen der Bürger, wenn man von ihnen neue Lasten für den Staat verlangt, was da alles in der Ära der Postspartassen- und Bankenskandale vergeudet worden ist. *(So ist es! links.)*

Aber, hohes Haus, es handelt sich nicht nur um diese direkten Verluste an öffentlichen Geldern, die Regierungen vergangener Jahre auf dem Gewissen haben, sondern es kommt, wenn jetzt von neuen Opfern geredet werden soll und gesprochen werden muß, da noch etwas anderes dazu. Der Staatsbürger hat ein Recht zu fragen, ob denn die Verwaltung der öffentlichen Gelder wirklich sparsam umgeht oder ob nicht Verschwendung in mancherlei Hinsicht getrieben wird. Es hat erst vor ein paar Tagen hier im Hause eine Debatte stattgefunden, in der mein Freund Dr. Deutsch das Heeresbudget zerpfückt hat. Wir sind dabei an eine Reihe von Posten in diesem Budget erinnert worden, von denen man nur sagen kann: da greift sich ein normaler Staatsbürger an den Kopf, daß ein so armer Staat wie dieses Österreich sich solche Ausgaben leistet. Wir haben eine Armee in Österreich, von der niemand behaupten wird, daß sie zum Kriegsführen da ist, Österreich hat ja gar keine Neigung, Krieg zu führen, es hat gar keine Möglichkeit, Krieg zu führen, es kann gar keine Politik machen, die mit derlei in irgendeinem Zusammenhang steht. Aber diese Armee des Herrn Baugoin hat in acht Jahren ihre Ausgaben verdoppelt, hat selbst innerhalb der letzten vier Jahre ihre Ausgaben um ein Viertel gesteigert *(Hört!-Rufe links)*, was kein Wunder ist, wenn man hört, daß dort auf 11 Mann ein Offizier kommt. In dieser Beziehung ist das sicher die originellste Armee auf der Welt, die es gibt. Aber ihre Kostspieligkeit ist für den Staat unerträglich. 16 S auf den Kopf der österreichischen Bewohner kostet diese Baugoin'sche Armee! Wenn Sie daran denken, meine Frauen und

Herren, daß in der Tschechoslowakei zum Beispiel, also in einem Staate, der wie wir nicht abrüsten mußte, sondern der ein Militärstaat ist, die Militärausgaben auf den Kopf der Bevölkerung 22 S ausmachen, also nicht viel mehr als bei uns in Österreich, dann sehen Sie, welcher Wahnsinn es ist, der hier von dem Herrn Baugoin betrieben wird. Die Quote, die heute in Österreich auf den Kopf der Bevölkerung für Heereskosten fällt, ist fast halb so groß wie die Kopfquote, die im alten Österreich für die Armee auf den Kopf der Bevölkerung gefallen ist. *(Hört! Hört! links.)* Meine Herren, daß das keine normale Entwicklung ist, sondern ein Unfug ist, der bei den heutigen finanziellen Verhältnissen des Landes unter gar keinen Umständen verantwortet werden kann, das ist klar, und schon aus staatsfinanziellen Gründen sollte man den Herrn Baugoin dorthin schicken, wo sein Günstling Strafella schon hingegangen ist. *(Beifall links.)* Denn daß für Eitelkeitsbedürfnisse hoher Herren und hoher Frauen Duzende Millionen Schilling ausgegeben werden, das ist ein Wahnsinn, den kein Staatsbürger versteht, und wer heute verlangt, daß man dem Staate Opfer bringen soll, der müßte in dieser Beziehung zunächst einmal gründlich Ordnung schaffen. Und zwar um so mehr, als diese Armee, die dem Herrn Baugoin zu Gebote steht, ohnedies nicht die einzige ist, die wir in Österreich haben. Wir haben ja in Österreich eine Polizei und Gendarmerie, die gerade in den letzten Jahren sehr stark ausgebaut worden sind, eine Polizei, die, wie wir im Parlament einmal festgestellt haben, sogar mit Tanks, also mit einer sehr militärischen Ausrüstung versehen worden ist. Diese Polizei und Gendarmerie kosten ebensoviel wie das Heer des Herrn Baugoin. Wir haben in diesem Lande einen Gewaltapparat, der mehr als 10 Prozent der ganzen Einnahmen ausmacht, die der Staat überhaupt hat. *(Hört! Hört! links.)* Das ist kein Zustand, der auf die Dauer möglich ist. Ich weiß nicht, was sich die Regierung bei dieser Entwicklung des Gewaltapparates überhaupt denkt, ob sie sich etwas denkt oder ob sie glaubt, daß die Arbeitslosen vielleicht einmal mit blauen Bohnen gefüttert werden könnten. Das ist keine Methode, mit der man die Arbeitslosenfrage oder irgendein anderes Problem in diesem Staate lösen kann. Wenn gründlich gespart werden soll, dann müßte die Regierung gerade hier bei diesem Gewaltapparat zu sparen anfangen. *(Beifall links.)*

Hohes Haus! Aber auch sonst finden wir im Bundeshaushalt genug Dinge, bei denen Ersparungen eingelegt könnten. Wir wissen, daß in diesem Lande jeder Wunsch der Agrarier Befehl ist und daß die Unzulänglichkeit, die hier obwaltet, den Staat schon sehr viel Geld gekostet hat. Wir erinnern uns an das Notopfer, dessen Zwecklosigkeit heute auch von allen agrarischen Kreisen zugegeben wird, wie da 96 Millionen Schilling hinausgegeben worden sind, darunter eine Menge auch an Großgrundbesitzer und große Mühlenbesitzer. Meine Herren! In fünf Jahren, von 1926 bis 1930, haben die

Bundeshvorschüsse für die Arbeitslosenversicherung im ganzen nicht so viel ausgemacht, wie dieses Notopfer allein den Staat gekostet hat. (*Hört! Hört! links.*) Und so geht es immer wieder. Wir haben kürzlich einen neuen Landwirtschaftsminister bekommen, der mußte natürlich ein entsprechendes Entree haben, daher hat man eine Schweineaktion gemacht. Nach ein paar Wochen hat sich herausgestellt, daß sie mißglückt ist, aber 2-3 Millionen Schilling hat der Spaß gekostet. Für agrarische Wünsche und agrarische Bedürfnisse hat der Bund, der sonst zur Kürzlichkeit mahnt, immer eine offene Hand. Vor ein paar Wochen haben wir gesehen, wie man den Aktionären der Credit-Anstalt 41 Millionen Schilling geschenkt hat — das hat man wieder mit Rücksichten auf das Ausland begründet. Dort, wo es sich um die besitzenden Klassen handelt, da findet man immer Argumente für weitgehende Ausgaben des Bundes.

Aber diese Verschwendung öffentlicher Gelder sehen wir auch in der eigentlichen Bundesverwaltung selbst. Man hat vor acht Jahren in Österreich einen grausamen Beamtenabbau durchgeführt, aber die Tintenburgen der Zentralverwaltung sind von diesem Abbau ganz unberührt geblieben. Es ist schon wiederholt hier dargestellt worden, in welchem Mißverhältnis diese Zentralverwaltung zu den Aufgaben des Staates steht. Die Statistiker haben das zu einem dankbaren Objekt der Forschung gemacht, und kürzlich hat einer wieder ausgerechnet, daß wir es in diesem kleinen Österreich in der Zentralverwaltung nun glücklich auf 64 Sekretionschefs und 734 Hofräte gebracht haben. (*Hört!-Rufe links.*) Es wird sogar behauptet — ich kann das nicht nachkontrollieren, aber Kenner der Verwaltung behaupten es —, daß das Finanzministerium in diesem neuen kleinen Österreich größer sei, als es im alten Österreich gewesen ist. Wir haben ein Landwirtschaftsministerium, das kaum mehr Kompetenzen hat, aber einen Riesenumfang hat und von 48 Hofräten geleitet wird. Wir haben ein Unterrichtsministerium, in dem sich der Merkantilismus verfangen hat und einen viel zu großen Apparat dort verteidigt. Ich will gar nicht vom Hofstaat des Herrn Baugoin reden, von dem Heeresamt mit seinen 283 Angestellten, unter denen 30 den Generalsrang haben. (*Hört!-Rufe links.*) Das ist die Zentralverwaltung in diesem kleinen armen Lande, die noch immer einen ungeheuren Apparat aufgerichtet hat und über den Abbau anderer Beamten fortwährend nachdenkt.

Hohes Haus! Da hat man uns vor Jahr und Tag einmal von der Seelenanierung gepredigt, und diejenigen, die das gepredigt haben, haben daraus selber gleich eine politische Nutzenanwendung gezogen und als ihre Maxime verkündigt: Staatspolitik, nicht Parteipolitik. Wir haben diese Methode damals kennengelernt, und wir haben, als die Seelenanierer ein paar Wochen im vergangenen Herbst in der Regierung unter sich waren, gesehen, wohin diese Maxime führt. Es geht

ein gerader Weg von ihnen bis zu dem Herrn Strafella. (*Zustimmung links.*) Aber der Fall ist nicht nur moralisch interessant — als solcher ist er genugsam erörtert worden —, sondern er ist deswegen interessant, weil sich hier gleich ein ganzer Haufen von Protektionen entwickelt, die mit all den Pensionsansprüchen, die da aufgehäuft werden, zu einer dauernden Belastung des Bundes führen. Wir haben diese Verträge, die Herr Strafella für seine Getreuen bei den Bundesbahnen abgeschlossen hat, kennengelernt. Wir haben da gesehen, wie man im Gegensatz zu den normalen Verhältnissen beim Bunde unerhörte Pensionsansprüche konstruiert hat, die alle der Bund zahlen muß, denn die Bundesbahnen haben ein Defizit, das letzten Endes den Bund selber belasten wird. Ich möchte daher von dieser Stelle aus an die Regierung die Mahnung richten, daß der Fall Strafella nicht damit erledigt ist, daß Dr. Strafella davongejagt worden ist, sondern daß die Fragen der anderen Verträge, die mit Herrn Strafella verknüpft sind, und daß die Fragen der Pensionsansprüche, die aus diesen Strafella-Verträgen stammen, unbedingt erledigt werden müssen. (*Lebhafter Beifall links.*) Das ist eine finanzielle, das ist aber vor allem eine moralische Frage, die erledigt werden muß. Wer Opfer von einem anderen verlangt, der muß erst Ordnung schaffen, sonst hat die Bevölkerung kein Vertrauen zu irgendeiner Ordnung, für die irgendwelche Opfer gebracht werden sollen.

Wenn wir von der teuren Verwaltung, von Zuvielverwaltung reden, dann könnte man vielerlei beim Bund anführen, wo gespart werden könnte. Ich möchte daran erinnern, daß zum Beispiel im vergangenen Jahr der Nationalrat auf Drängen einer Partei vor allem ein Bundesgesetz über eine neue Art der Anlage von Wählerlisten geschaffen hat, ein Bürgerlistengesetz, daß man in dem armen Österreich es sich leisten wollte, eine dauernde Liste der Wahlberechtigten zu schaffen. Nun, was ist die Folge davon? In Wien führt die Polizei diese Bürgerliste. Die hat zunächst einmal ein eigenes Haus für dieses neue Amt gekauft, das man ihr übertragen hat, und in diesem Amt sitzen nun, wie man hört, jahrein, jahraus mehr als 200 Beamte (*Hört! Hört!*), die sich mit der Instandhaltung der Bürgerliste in Wien beschäftigen. Wenn das nicht zuviel Verwaltung ist, dann weiß ich nicht, was man noch so nennen könnte.

Und so, meine Herren, geht es weiter. Da hat man aus demokratischen Gründen, wie man erzählt hat, unbedingt darauf bestanden, daß der Bundespräsident durch das Volk gewählt werden muß. In der großen Republik Frankreich macht man das an einem Nachmittage, und auch wir haben es zehn Jahre lang in einer solchen Form sehr würdig in der Bundesversammlung erledigt. Das darf nicht mehr sein: das Volk muß zur Wahl aufgerufen werden, und es wird, wie die österreichischen Verhältnisse liegen, zweimal zur Wahl gehen müssen, um den Bundespräsidenten zu wählen. Ich rede gar nicht von der politischen Seite der Frage;

ich rede nur davon, was das alles kostet und ob denn das alles wirklich notwendig ist (*Zustimmung links*), wenn man auf der anderen Seite Opfer um Opfer von der Bevölkerung verlangt.

Man hat mit großem Tamtam vor ein paar Monaten einen Ersparungskommissär in Österreich eingesetzt. Seither hat man nur sehr wenig darüber gehört. Von der Regierung hat man gar nichts darüber gehört, was da geschieht. Man erzählt, daß sehr fleißig alles mögliche gearbeitet wird; ja, das Parlament und die Öffentlichkeit hätten doch nach Monaten, die seither vergangen sind, ein Recht darauf, zu hören, was denn da eigentlich geschieht und was man an der Verwaltung reformieren will. Aber man hört nichts, man sieht nichts, allgemeines Schweigen, und man weiß nicht, was aus dieser ganzen Aktion überhaupt herauskommen soll.

In diesem Zusammenhange möchte ich an eine andere Frage erinnern, die auch die Staatsfinanzen berührt. Am 6. März hat hier in diesem Hause eine Debatte über wirtschaftliche Fragen stattgefunden. In dieser Debatte ist ein Antrag der Mehrheitsparteien angenommen worden, in dem die Regierung aufgefordert worden ist, ehestens — so hieß es wörtlich — eine Vorlage zur gegenseitigen Regelung des Doppelverdienerturns einzubringen. Das war am 6. März. Seither sind drei Monate vergangen, aber die Regierung hat nichts vorgelegt, und sie hat sich öffentlich über diese Frage gar nicht mehr geäußert. Ich gebe zu, daß es eine sehr schwierige und sehr komplizierte Frage ist, bei der man, wenn man an ihre Lösung schreiten will, tausend Hemmnisse vor sich sieht. Das weiß jeder, der sich mit diesen Problemen beschäftigt hat. Daß aber gar nichts in dieser Frage geschieht, ist ganz unerträglich; denn mindestens eine Teilfrage müßte da herausgegriffen werden, die sicher viel leichter lösbar wäre als das ganze allgemeine Problem, nämlich die Frage der Pensionsstillegung. Denn, hohes Haus, es ist unerträglich, daß in einer Zeit, in der die Arbeitslosigkeit auch im Sommer nicht sinkt, in einer Zeit in der Zehntausende und Zehntausende postenlos bleiben und hungern müssen, so viele Menschen vom Bunde eine Pension bekommen, die in einem neuen Beruf ein privates Einkommen haben, das manchmal die Pension, die sie vom Bunde haben, um ein Vielfaches übersteigt. Ein vernünftiges Pensionsstillegungs-gesetz, das gewisse notwendige Grenzen einhält, könnte zweierlei bewirken: Es könnte in vielen Fällen bewirken, daß Leute ihre Stellungen aufgeben und sich mit ihrer Pension begnügen und daß auf diese Art Posten für arbeitslose Bewerber frei werden; es könnte auf der anderen Seite bewirken, daß Leute zwar ihre neuen privaten Stellungen behalten, der Arbeitsmarkt also keine Erleichterung erfährt, aber dafür wenigstens der Bund Ersparnisse bei seinen Pensionszahlungen hat, was gewiß eine materielle Frage ist, deren Bedeutung man heute nicht abschätzen kann, was aber vor allem auch eine moralische Frage ist; denn auf diesem Gebiete

geschehen ja die sonderbarsten Dinge. Ich möchte da an den einen Fall vor allem erinnern: Die Republik zahlt immer noch die Ministerpensionen aus der Monarchie. Wenn jemand in der Monarchie einen Tag Minister war, dann hatte er so wie der Herr Straßella einen Anspruch auf eine lebenslängliche Pension. Es gibt jetzt noch immer 21 Leute in Österreich, die in der Monarchie Minister waren und daher heute noch, nach fast 13 Jahren von der Republik eine Pension beziehen. Da ist zum Beispiel eine Regierung am 27. Oktober 1918 ernannt worden. Es war die letzte Regierung des Kaisers Karl. Am 28. Oktober, einen Tag später, ist in Prag die Revolution ausgebrochen, am 30. Oktober, drei Tage später also, ist Deutschösterreich proklamiert worden. Diese letzte Regierung hat also gar keine Gelegenheit gehabt, zu regieren. Formal war sie allerdings 14 Tage im Amt, bis zum 11. November 1918. Von dieser Regierung, die gar nie regiert hat, die gar keine Gelegenheit zu einer Amtshandlung für die Minister gehabt hat, beziehen heute noch vier Minister eine Pension der Republik Österreich, eine Pension, die jetzt 1061 S pro Kopf und Monat ausmacht. Nun, gewiß ist das keine finanzielle Rettung des Bundes, wenn man das erspart, aber moralisch ist das doch ganz unerträglich, wenn die Regierung kleinen Pensionisten etwas wegnehmen will und wenn sie andererseits für eine Leistung, die keine ist und die auch keine war, heute in diesem verarmten Staat solche Pensionen bezahlt. (*Lebhafter Beifall links.*) Wenn man dann so einem Herrn noch seine Pension nach Amerika nachschickt, dann erreicht der Unsinn wohl seinen Gipfelpunkt. Es gibt also da allerhand Dinge zu ordnen. Der Staatshaushalt weist also Posten auf, bei denen die Regierung ein gründliches Reinemachen anstellen müßte, ehe man von anderen Dingen redet. Die erste Forderung also, die wir erheben müssen, ist: Ordnung machen im Bundeshaushalt aus finanziellen und aus moralischen Gründen. Dann kann man von Opfern reden.

Wenn man dann von Opfern zu reden anfängt, dann müssen wir auch noch die Frage aufwerfen: Wer kommt also da beim Opfern zu allererst daran? Und da müssen wir schon sagen, daß die Regierung bei der ganzen Serie von Vorlagen, die man als solche Opfervorlagen bezeichnen könnte, die Kapitalisten in Österreich vollkommen vergessen hat (*So ist es! links*), die ja doch schließlich in erster Linie daran kommen müßten. Man tut manchmal so, als ob es in Österreich Kapitalisten überhaupt nicht mehr geben würde. Das ist sicherlich ein Irrtum. Es gibt in Österreich noch eine ganz erhebliche Zahl von Leuten, die in diesem Lande viel verdienen, und wenn auch die Einkommensteuere-statistik sehr sonderbare Ergebnisse aufweist, so sind es doch in der Einkommenpyramide, die diese Statistik zeigt, oben immerhin noch eine ganz beträchtliche Zahl von Einkommen der 9359 Menschen, die mehr als 22.000 S Jahreseinkommen in Österreich im Jahre 1927

versteuert haben; es sind zwar nicht einmal 2 Prozent der einkommensteuerverpflichtigen Zahl von Menschen in Österreich, aber ihr gesamtes Einkommen ist 17½ Prozent von dem gesamten Einkommen, das in diesem Jahre versteuert worden ist. Wenn wir nach Deutschland schauen, sehen wir, daß man ja auch dort an die höheren Einkommen greift, wenn Opfer für den Staat gebracht werden müssen. Solche Opfer sind also möglich. Wenn der Staat neue Mittel in Anspruch nehmen muß, dann muß er in erster Linie an eine entsprechende Erhöhung der Einkommensteuer in den höheren Stufen und an eine Erhöhung der Vermögenssteuer denken.

Im Zusammenhange mit der Credit-Anstalt ist sehr viel von dem Rieseneinkommen der sogenannten Wirtschaftsführer die Rede gewesen. Meine Herren, solche Leute gibt es in Österreich eine ganze Menge, und dieses Problem, soweit sich die Regierung nicht unmittelbar im Zusammenhang mit der Credit-Anstalt damit beschäftigen kann, steuerlich wirklich anzupacken, ist schon eine Aufgabe, die der Finanzverwaltung gestellt ist und die sie auch aus finanziellen, aber auch aus moralischen Gründen wirklich bewältigen und erfüllen muß. Das, was die Regierung jetzt mit dieser Besoldungssteuer vorschlägt, ist eine bescheidene Erfassung der hohen Einkommen, aber auch hier nur der Gehaltseinkommen und keiner anderen. Das Kapitaleinkommen wird durch keine Vorlage der Regierung, von der wir bisher gehört hätten, erfaßt. Darüber fehlt jede Regierungsvorlage. Wir haben hier schon Vorlagen gehabt, in denen der Bund, also die Gesamtheit, Opfer für den Kapitalismus bringen mußte; aber umgekehrt: die Vorlage, die Opfer vom Kapitalismus für den Bund erheischt, die hat bisher gefehlt und fehlt bis auf den heutigen Tag.

Hohes Haus! Wenn von denen die Rede ist, die der Reihe nach zum Opfern berufen sind, dann müßten nach den Kapitalisten die Agrarier kommen. Gewiß, die Landwirtschaft ist in Not, darüber ist kein Zweifel, aber eine Zollpolitik wie die, die die Regierung mit der Zollvorlage machen will, die wir jetzt im Hause haben und die den Laib Brot um 14 g versteuern soll, eine solche Zollpolitik ist in einer Zeit, in der man Opfer von der Bevölkerung verlangt, völlig unmöglich; in einer Zeit des Lohndruckes, in einer Zeit der Kurzarbeit, in einer Zeit furchtbarster Arbeitslosigkeit eine Verteuerung der Lebenshaltung der breiten Massen zugunsten einer anderen Schicht der Bevölkerung herbeizuführen ist eine unmögliche Politik, an der die Regierung nicht mitwirken kann. Wenn Opfer gebracht werden sollen, dann müßten hier die Agrarier zunächst einmal mit ihren Forderungen erheblich bescheidener sein als in dieser Zollvorlage. *(Lebhafter Beifall links.)*

Hohes Haus! Wenn Opfer gebracht werden sollen, dann wäre noch eine andere Kategorie von Menschen da, die man besonders hervorheben muß, gerade deshalb, weil sie in der letzten Zeit so viel von sich reden macht —

das sind nämlich die Herren Hausbesitzer. Wir haben ein Mietengesetz, das im Jahre 1929 beschlossen wurde und das für den 1. August des Jahres 1931, also für heuer, eine neue Zinserhöhung vorschreibt, die in Wien 3 g und außerhalb Wiens 4 g betragen soll. Das gibt für die Hauseigentümer eine Mehreinnahme, die man für Wien auf etwa 12 Millionen Schilling für das Jahr schätzen kann und die außerhalb Wiens nicht viel weniger ausmachen wird.

Hohes Haus! Jetzt ist nicht die Zeit, wo man neues Renteneinkommen schaffen kann, wo man der Bevölkerung, deren Einkommen auf der ganzen Linie verkürzt wird, zumuten kann, Opfer für die Hauseigentümer zu bringen, für eine neue Rentenbildung in unserer verarmten Volkswirtschaft. Daher haben wir dem Hause den Antrag unterbreitet, daß diese Mietzinserhöhung, die für den 1. August vorgesehen ist, sistiert werden soll. Man wird, hohes Haus, nicht ausweichen können, man wird sich mit diesem Antrag rechtzeitig und ernsthaft beschäftigen müssen *(Zustimmung links)*, und die Regierung hätte selbst ein Interesse daran, denn ein Gesetz sichert ja den öffentlichen Angestellten einen Mietzinsbeitrag, der erhöht wird, wenn diese Zinserhöhung am 1. August kommt. Würde diese Zinserhöhung nicht beseitigt werden, dann müßte die Regierung ja selber neue Ausgaben übernehmen. Wer kann es in der heutigen Zeit rechtfertigen, daß derlei geschieht? Wenn Opfer gebracht werden sollen, dann müßten die Hausherren zumindest dieses Opfer des Verzichtes auf eine Erhöhung bringen, die ihnen am 1. August nach dem Gesetze zustehen soll.

Hohes Haus! Wenn von Opfern die Rede ist, dann kann ich auch nicht umhin, hervorzuheben, daß dieses Haus, wenn es hier Opfer beschließt, vor allem auch selbst ein Opfer bringen muß. Auch die Mandatäre, auch die Abgeordneten, die Bundesräte, die Volksbeauftragten werden dann zu allernächst ein Opfer bringen müssen. *(Rufe links: Sehr richtig!)* Ich gehöre nicht zu denen, die, wie das heute in manchen Kreisen üblich ist, aus Haß gegen die Demokratie die Funktionäre der Demokratie herabsetzen wollen und daher jegliche Gebühr und jegliches Gehalt eines öffentlichen Funktionärs beschimpfen. Das ist sicher auch ein ganz falscher Standpunkt. Aber wie immer man über diese Dinge im einzelnen urteilt, darüber ist kein Zweifel, daß, wenn man den breiten Massen des Volkes in dieser ernstesten Zeit Opfer für den Staat zumutet, die öffentlichen Funktionäre bei diesen Opfern mit vorangehen müssen. Wenn die Regierung erst allen Kreisen, die in erster Linie berufen sind, Opfer zu bringen, solche Opfer auferlegt hat, wenn das Parlament erst allen Kreisen, die beim Opfern vorangehen müßten, solche Opfer auferlegt hat, dann erst kann man überhaupt von Opfern der breiten Massen sprechen. Die Regierung macht es umgekehrt: die Regierung hat uns eine Vorlage über die Verschlechterung der Arbeitslosenversicherung vorgelegt, sie will, daß beim Opfern die Aller-

ärmsten, die am allerwenigsten haben, anfangen sollen, sie will vielen das wenige an Arbeitslosenunterstützung, das sie haben, ganz wegnehmen und es anderen noch kürzen. Die Regierung kam mit zwei anderen Vorlagen, die heute zur ersten Lesung stehen und die den Angestellten Opfer in der Form einer neuen Sondersteuer und den Bundesangestellten Opfer in der Form einer Gehaltskürzung auferlegen. Die Kärghlichkeit, von der der Industriellenverband gesprochen hat, in die sich die österreichische Bevölkerung finden muß, das ist ein Sittensprüchlein, das man wieder den breiten Massen, den Arbeitern und Angestellten predigt. Den Herren, die dieses Sittensprüchlein predigen, stünde es besser an, dabei voranzugehen (*lebhafter Beifall links*) und zu zeigen, welche Opfer sie für den Staat bringen, ehe sie denen, denen das Opfern schwer fällt, solche Opfer auferlegen wollen und solche Opfer empfehlen. Denn das wäre kein Standpunkt, daß man, wie es die Regierung mit ihren Vorlagen tut, Arbeitslose und öffentliche Angestellte zum Opfern in die Arena führt und Kapitalisten und Agrarier dabei als Zuschauer auf die Tribünen setzt.

Hohes Haus! Was will — wenn ich mich nun ein wenig auch mit den Vorlagen selbst beschäftigen soll — die Regierung mit diesen Vorlagen?

Die Regierung hat da eine Vorlage eingebracht, die nicht nur den Bundesangestellten, sondern allen öffentlichen Angestellten eine eigene Steuer, eine Besoldungssteuer auferlegen will. Wir haben hier im Hause auch eine Vorlage über die Verschlechterung der Arbeitslosenversicherung liegen, und die Regierung begründet diese Vorlage auch damit, daß sie erklärt, die Unterstützungssätze könnten nicht aufrechterhalten werden, weil dem Bund die Mittel für die Vorschüsse fehlen, die er zur Deckung des Defizits dieser Arbeitslosenversicherung leisten muß.

Bisher waren die weitesten Kreise — allerdings nicht alle, aber doch sehr weite Kreise — der öffentlich Angestellten von der Zahlung für die Kosten der Arbeitslosenversicherung ausgeschlossen. Eisenbahner, Salinenarbeiter und Wehrmänner haben allerdings auch bisher einen Beitrag gezahlt. In dem Wahlkampf um die Personalvertretung bei der Post, der kürzlich geführt worden ist, hat diese Frage, ob es gerecht sei, daß die öffentlich Angestellten auch einen Beitrag zur Arbeitslosenversicherung zahlen sollen, eine große Rolle gespielt. Die nicht sozialdemokratischen Gewerkschaften, die da vereint waren, haben die freie Postgewerkschaft in dieser Frage heftig angegriffen. Ich will das gar nicht vom moralischen Standpunkt aus betrachten, sondern nur vom rein praktischen Standpunkt. Jeder öffentlich Angestellte weiß, daß er in seiner eigenen Familie heute irgendwo gleichfalls einen Arbeitslosen oder auch mehrere hat. (*Zustimmung links.*) Jeder öffentlich Angestellte, auch jeder Postler und jeder andere weiß, daß bei der ungeheuren Arbeitslosigkeit keine Familie davon verschont ist, daß also jeder an einer

sozial gerechten Lösung dieser Frage interessiert ist. Da müßten sich wohl eigentlich auch die Bundesangestellten überlegen, ob es nicht gescheiter wäre, statt einer Besoldungssteuer einen Beitrag für die Arbeitslosenversicherung zu zahlen. (*Lebhafter Zustimmung links.*) Das würde der Arbeitslosenversicherung helfen können, das würde moralisch auch von den Bundesangestellten nur in Ordnung gefunden werden, und es wäre richtiger, als den Bundesangestellten eine neue Steuer einfach für den Fiskus, eine Besoldungssteuer aufzuerlegen.

Deswegen, hohes Haus, könnte man immer noch die wirklich höheren Beamten Einkommen sowie alle anderen höheren Einkommen im Staate mit einer eigenen Steuer, mit einem Zuschlag zur Einkommensteuer und zur Vermögensteuer treffen. Die Regierung tut das aber nicht, sondern die Regierung hat uns hier eine Vorlage unterbreitet, die einfach eine Besoldungssteuer einführt und die behauptet, es sei der Sinn dieser Vorlage, eine bestimmte Ertragsquelle in Österreich wieder einer Sondersteuer zu unterziehen, so wie eben auch andere Ertragsquellen durch die Erwerbsteuer, die Körperschaftsteuer, die Grundsteuer einer Sondersteuer unterzogen werden. Die Regierung meint, das fize Einkommen sei als besondere Ertragsquelle zu werten, und es sei richtig, diese Ertragsquelle einer Sondersteuer zu unterziehen. Darum hat man auch die Privatangestellten zu einem Teil in dieses Gesetz einbezogen. Nun, ich muß sagen, daß das Gesetz dadurch in seinem Sinn gerade verkehrt wird; denn es ist ja ein Hohn auf die Privatangestellten, wenn man heute von irgendeiner Kategorie von Privatangestellten behauptet, daß sie eine gesicherte Lebensstellung haben, wofür man sie besonders besteuern müßte.

Aber auch sonst ist ja diese Vorlage in ihrem ganzen Aufbau unmöglich. Sie ist gestaffelt — das ist wahr. Aber wenn man sich ernsthaft darauf einlassen wollte, müßte man ja sagen, sie fängt unten viel zu tief an, und sie macht Stufen, die ganz von den Stufen abweichen, die es bei der Einkommensteuer gibt, was offenbar seine besonderen Gründe hat. Der Grundsatz, die Unteren stärker zu packen und die Oberen zu schonen, dieser sozial verkehrte Grundsatz ist offenbar auch bei diesem Besoldungssteuergesetz Pate gewesen, das uns die Regierung hier unterbreitet hat.

Dabei muß doch auch gerade in der ersten Lesung, wo es sich um die Grundsätze handelt, darauf aufmerksam gemacht werden, daß die Regierung hier eines völlig vernachlässigt hat: Die Regierung mutet hier dem Parlament zu, den öffentlichen Angestellten samt und besonders eine Steuer aufzuerlegen, nicht nur den Bundesangestellten, auch den Landes-, den Gemeindeangestellten, ohne daß sie diese Besoldungssteuer zu einer geteilten Abgabe erklärt. Wie es ja überhaupt charakteristisch ist, daß die Regierung sich um die Sorgen der Gemeinden und der Länder überhaupt nicht kümmert. Wir sehen, wie zum Beispiel die Notver-

ordnung im Deutschen Reiche auch von den Defiziten in den anderen öffentlichen Haushalten redet. Das tut die Regierung hier gar nicht, obwohl sie weiß, daß nicht nur ihre eigenen Steuereinnahmen geschmälert werden, sondern daß das bei den Gemeinden und Ländern in noch stärkerem Maße der Fall ist. Die Regierung hat ja immer andere Auskunfts Mittel, und wir sehen, wie sie zu ihnen greift. Sie schlägt eine Erhöhung der Finanzzölle vor, sie zieht Nutzen aus den allgemeinen Zollerhöhungen. Die Regierung schlägt eine Erhöhung der Tabakpreise vor — kurz, sie hat Auskunfts Mittel, um ihre Einnahmen zu steigern. Länder und Gemeinden verfügen über Steuern, die heute nicht erhöhbar sind, über Steuern, die gerade infolge der Wirtschaftskrise außerordentlich stark zurückgehen wie die Fürsorgeabgabe und die Grundsteuer. Unter allen selbständigen Landessteuern macht die Fürsorgeabgabe allein ein Drittel aus, und gerade diese Fürsorgeabgabe muß ja in einer Zeit der Arbeitslosigkeit, der Kurzarbeit und des Lohnrückes ungeheuer zurückgehen. Die Fürsorgeabgabe geht zum Beispiel selbst in Wien im heurigen Jahr um etwa 12 Prozent gegenüber dem Voranschlag zurück. So sehen wir es auch bei den anderen Steuern. Das aber ist für die Regierung gar keine Sorge. Ja, wenn dieses Besoldungssteuergesetz wirklich so gemacht würde, wie es die Regierung heute vorschlägt, so würden sogar Länder und Gemeinden daraus eine Verkürzung der Abgabenteilung erfahren. Denn bei der Einkommensteuer ist die Besoldungssteuer ja zweifellos eine Abzugspost, das heißt, es würde der Ertrag der Einkommensteuer, der zwischen Bund, Ländern und Gemeinden geteilt wird, geschmälert werden, der Erfolg wäre also der, daß Länder und Gemeinden bei der Steuerfinanzierungspolitik, die die Regierung mit dieser Vorlage treiben will, weniger bekämen als heute. Wir sehen also, daß an dieser Vorlage, wenn man sich da aufs Detail einließe, vom ersten bis zum letzten Paragraphen alles zu beanstanden wäre und daß das eine Vorlage ist, die in dieser Gestalt unmöglich ist.

Das gilt ebenso und noch mehr von der zweiten Vorlage, die die Regierung unterbreitet hat, von dem Gesetz über Gehaltskürzungen. Es ist an sich eine erschreckliche Sache, daß in einer Zeit, in der die Regierung neue Steuern macht, in einer Zeit, in der die Regierung neue Zölle macht, die die Lebenshaltung verteuern, in einer Zeit, in der die Regierung sich bisher geweigert hat, eine Erhöhung der Mietzinse hintanzuhalten, daß in einer Zeit allgemein steigender Lebenskosten, wovon die jetzige Brotteuerung das erste Vorzeichen ist, die Regierung noch mit einer Kürzung der Beamtengehälter kommt. Und sie tut in ihrem Vorschlag wieder in einer noch unsozialeren Weise, als die Besoldungssteuer aufgebaut ist, denn das, was die Regierung hier vorschlägt, das ist eine lineare Gehaltskürzung um 5 Prozent, die den Kleinen, den Kleinsten ebenso trifft wie den, der an der Spitze steht. Ja, die Regierung tut sich vielleicht etwas darauf zugute, daß Angestellte, die

bloß 170 S im Monat haben, von dieser Gehaltskürzung freibleiben sollen. Rechnen wir uns das einen Augenblick um! 170 dividiert durch 30, das sind 5·66 S auf den Tag, von denen da eine Familie leben soll — ein Betrag, wie ihn tausende Familien von Bundesangestellten haben. Nicht von Arbeitslosen, sondern von Angestellten! Und, hohes Haus, was geschieht da? Es gibt Leute im Bundesdienst, die 8, 10, 12 Jahre warten müssen, ehe sie über diese 170 S mit ein paar Schilling hinauskommen. Kommen sie aber jetzt mit ein paar Schilling darüber hinaus, würde ihnen nach der Vorlage der Regierung das durch die 5prozentige Kürzung wieder weggenommen werden, und der Mann würde weitere Jahre lang mit seinen 5·66 S im Tag mit seiner Familie — nicht als Arbeitslosenunterstützung, sondern als Bundesangestellter! — leben müssen. Das ist ja völlig undenkbar. Man darf nicht nur an Budgetziffern, man muß auch an die lebenden Menschen denken (*lebhafter Beifall links*) und an ihre Familien, um die es sich da handelt, und man wird dann erkennen, daß ein solches Vorgehen ganz unmöglich ist. Es ist natürlich etwas anderes, wenn ich jemandem, der 175 oder 178 S Gehalt im Monat hat, zumute, er möge auf 5 Prozent seines Einkommens — in diesem Fall also auf 5 oder auf 8 S im Monat — verzichten, oder wenn ich jemandem, der 1000 S Einkommen im Monat hat, zumute, er möge auf 5 Prozent seines Einkommens verzichten. „Anpassung an die Karglichkeit“ — ich kann mich immer nur an den Schwarzenbergplatz halten, da die Regierung, wie gesagt, diese Vorlagen wortlos dem Hause unterbreitet hat —, „Anpassung an die Karglichkeit“ predigt der Schwarzenbergplatz, aber das Predigen von dort ist unheilvoll, und daran wird sich der Bund, die Regierung, das Parlament nicht halten können. Solche Grundsätze, wie sie in dieser Regierungsvorlage enthalten sind, sind unmöglich, und ich will mich daher hier auf Details dieser Vorlage erst gar nicht einlassen.

Hohes Haus! In der Versammlung der Industriellen, die da neulich getagt hat, hat auch ein „Wirtschaftsführer“, der ein christlichsozialer Abgeordneter ist, eine Rede gehalten, in der er gesagt hat, in Österreich siege leider immer die Parteizweckmäßigkeit über die wirtschaftliche Zweckmäßigkeit, daher Ausgabensteigerung statt Ausgabenreduktion. Ich weiß nicht, ob der Herr Abg. Gruntschaf, der das dort aus seiner christlichsozialen Erfahrung gesagt hat (*Heiterkeit links*), das auf den Fall Strafella bezogen hat oder worauf er das sonst bezogen hat, aber er muß ja seine Partei kennen, und zehn Jahre christlichsozialer Verwaltung haben uns gezeigt, daß die berühmte Maxime „Staatspolitik, nicht Parteipolitik!“ in Wirklichkeit umgekehrt praktiziert worden ist. In einer Zeit aber, in der die Regierung Opfer verlangt, da muß sie zuerst Ordnung machen im Bundeshaushalt, muß alles, was wirklich Verschwendung ist, was überflüssig ist, beseitigt werden; dabei sind vielerlei Ersparungen möglich, die schwere Opfer ersetzen können.

Wenn dann noch immer geopfert werden muß, dann müssen die mit dem Opfer vorangehen, die es am allerheftesten können und die dabei in erster Reihe stehen.

Sicher ist, daß das Parlament seine Aufgabe nicht leichtfertig nehmen kann. Die Demokratie hat gerade in schwierigen Zeiten eine Belastungsprobe zu bestehen, sie muß sich fähig zeigen, den Bundeshaushalt in Ordnung zu bringen; das ist gar kein Zweifel. Nicht allein die Regierung, auch das Parlament hat hier eine große Pflicht, und wir sind der Ansicht, daß es seine Pflicht sehr ernst nehmen muß. Aber diese Pflicht kann nicht darin bestehen, daß Kapitalisten und Agrarier Arbeitslose und öffentliche Angestellte zum Opferaltar führen, sondern die Ordnung des Bundeshaushaltes muß in einer Art und Weise erfolgen, die eine sozial gerechte Verteilung der Lasten vornimmt.

Darum, hohes Haus, kämpfen wir, und diesen Kampf werden wir im Interesse der breiten Massen der Bevölkerung mit aller Energie gegen diese Vorlagen führen. *(Lebhafter Beifall links. — Während vorstehender Rede hat Präsident Dr. Straffner den Vorsitz übernommen.)*

Dr. Buresch: Hohes Haus! Ich habe die Ehre, im Namen der christlichsozialen Fraktion folgende Erklärung abzugeben:

Wir anerkennen die Notwendigkeit von Ersparungsmaßnahmen und sind bereit, die Regierung in ihren darauf gerichteten Bestrebungen zu unterstützen. Wir wünschen eine rasche Erledigung der in Verhandlung stehenden Vorlagen und behalten uns vor, im Ausschusse jene Anträge zu stellen, welche wir im Interesse einer gerechten Behandlung der Angestellten- und Beamtenschaft für notwendig erachten. *(Beifall rechts.)*

Goppa: Hohes Haus! Ich habe im Ablauf eines halben Jahres heute das drittemal Gelegenheit, hier im hohen Hause zur Beamtenbesoldungsfrage Stellung zu nehmen. Das erstemal war es im Dezember, als ich mich veranlaßt sah, zu einer Notiz des „Neuen Wiener Journals“, die Gehaltskürzungen voraus sagte, entschiedene Stellung zu beziehen und darauf hinzuweisen, daß wir derartigen Gehaltskürzungen niemals zustimmen könnten und daß wir es als geradezu horrend ansehen müßten, wenn man an derartige Maßnahmen denken würde. Ich hatte dann anlässlich der Budgetdebatte wieder Gelegenheit, zu dieser Frage Stellung zu nehmen, als die Vertreter des Landbundes hier einen Antrag einbrachten, der sich mit der Frage der Gehaltskürzungen beschäftigte.

In jener Zeit hatten die Bundesangestellten jedenfalls noch die Empfindung, daß derartige Gerüchte, beziehungsweise Forderungen niemals Wahrheit werden könnten. Man war überzeugt davon, daß an der Stabilität der Bezüge, jenes einzigen Wenigen, was die Bundesangestellten im Laufe des ersten Jahrzehnts der Republik erreicht hatten, nicht gerüttelt werden könne. Man war allgemein der Überzeugung, daß an dieser Stabilität deshalb nicht gerüttelt werden

könne, weil man doch die Bezüge der Bundesangestellten in Österreich wie wohl kaum in einem andern Lande derart niedrig gehalten hat, daß man wohl sagen muß und auch glauben durfte und glauben konnte, daß von diesen niedrigen Bezügen nichts mehr weggenommen werden könne. Es ist auch seitens der früheren Regierungen immer wieder darauf hingewiesen worden, daß die Bezüge der Bundesangestellten gerade deshalb so niedrig gehalten werden müßten, damit der Bund die Stabilität der Bezüge aufrecht erhalten könne und nicht etwa einmal in die Lage versetzt werden müßte, sie kürzen zu müssen.

Und nun ist das doch Wahrheit geworden, was im Dezember voraus gesagt wurde. Wir stehen heute vor einer Vorlage, die nicht etwa eine geringe, sondern eine ziemlich weitgehende Kürzung der Bezüge der Bundesangestellten in Aussicht nimmt. Wenn ich nun hier das drittemal zur Bundesangestelltenfrage Stellung nehme, so muß ich es in Anbetracht dieser Gesetzesvorlage tun, ich muß zuerst im allgemeinen zu der ganzen Sache mich äußern, um die Frage dann im besonderen beantworten zu können.

Es ist keinem Menschen heute ein Zweifel darüber — und sollte dieser Zweifel noch bestanden haben, so jedenfalls in den letzten Wochen nicht mehr —, daß der Bund, daß wir alle uns in einer schweren Notlage befinden, daß wir wiederum in einer jener Krisenzeiten sind, die auf das schwerste auf uns alle drücken. Es ist auch kein Zweifel darüber, daß Krisenzeiten ernste Maßnahmen fordern und daß es Pflicht jedes Parlamentariers und Pflicht jedes Staatsbürgers ist, sich des Ernstes solcher Zeiten bewußt, mitzuhelfen. Wenn in einem solchen Augenblick die Regierung vor das Volk tritt, ist aber die Voraussetzung, daß positive Maßnahmen mit Erfolg durchgeführt werden können, die, daß der Glaube und das Vertrauen der Bevölkerung unbedingt sind; die Bevölkerung muß sich darüber klar sein, daß sie für etwas opfert, was des Opfers wert ist, und daß sie dahin opfert, wo das Opfer in richtiger Weise seine Verwendung findet. Jedes Krisenopfer verlangt seine psychologische Voraussetzung. Es muß die psychologische Vorbedingung in der Bevölkerung geschaffen werden, es muß vor allem das Mißtrauen beseitigt werden, das in der Gegenwart in unserer Bevölkerung in so schwerem Maße aufgehäuft ist, wie vielleicht noch nie vorher. Um Mißtrauen zu beseitigen, muß in erster Linie wohl ein klarer Weg beschritten werden. Man muß hineinschauen können, man muß überzeugt davon sein, daß das Opfer eine unerläßliche Notwendigkeit ist, man muß überzeugt davon sein, daß das Opfer ein gleichartiges, ein gerechtes, auf alle Teile des Volkes verteiltes ist, und man muß gerade in der Masse des Volkes, von dem das Opfer verlangt wird, überzeugt davon sein, daß dieses Opfer gerecht und sozial aufgebaut ist.

Wenn wir nun den Werdegang dieser Gesetzesvorlagen uns noch einmal vor Augen führen, so müssen

wir allerdings sagen, daß er nicht danach angetan war, die Bevölkerung, in erster Linie die Bundesangestellten, die hier in Frage stehen, davon zu überzeugen, daß dieses Opfer unerlässlich ist. Denn, hohes Haus, ich muß hier wieder an eines erinnern: Es ist bis zum 12. April von offizieller Stelle immer wieder darauf hingewiesen worden, daß von einem Notopfer der Beamtenchaft nichts bekannt sei, daß dieses Notopfer der Beamtenchaft etwas sei, was vielleicht in der Zukunft liege, wovon aber die Regierung noch keine Kenntnis besäße. Bis zu jenem 11. April d. J. hat unter anderem der Herr Finanzminister verschiedene Male erklärt, daß man die Lage der Bundesangestellten bei uns in Österreich anders beurteilen müsse als in den Nachbarländern, wo die ganze Gehaltslage der Angestellten eine andere sei. Er hat darauf hingewiesen, daß die Gerüchte über Gehaltskürzungen wohl nur darauf zurückzuführen sein dürften, daß in den Nachbarländern Gehaltskürzungen vorgenommen werden. Er hat also in der offiziellsten Weise derartige Gerüchte dementiert. Er hat sogar darauf hingewiesen, daß bei uns die Verhältnisse eben nicht so liegen, daß man so wie in anderen Ländern ohne weiteres zu Kürzungen schreiten könnte. Und noch Ende des Monats März dieses Jahres war es der Oberste Rechnungshof, der, als er den Jahresabschluß für das Jahr 1930 dem Finanzausschuß vorlegte, zu weitestgehenden Sparmaßnahmen im Bundeshaushalt auf das energischste geraten hat, aber ebenso dringlich abgeraten hat, die Bezüge der Bundesangestellten einer Kürzung zu unterziehen oder etwa einen Abbau der Bundesangestellten wie in den Jahren 1922 und 1924 vorzunehmen.

Aus diesen Äußerungen und aus dieser Stellungnahme der Regierung mußte die Bundesangestelltenchaft weitere Beruhigung schöpfen. Sie mußte die Überzeugung gewinnen, daß die Regierung tatsächlich nicht die Absicht habe, hier plötzlich einschneidend einzugreifen. Denn wenn im April die Regierung sich mit diesen Fragen im Kabinett noch nicht beschäftigt hatte, so war daraus nur ein Schluß zu ziehen: daß eine Krisensituation noch nicht vorhanden war, daß also ein Notopfer noch nicht unmittelbar bevorstehend und auch nicht unerlässlich sei; denn im April mußte das Finanzministerium doch zweifelsohne darüber im klaren sein, wie sich die Abgänge im Staatshaushalt entwickelt hatten.

Und nun kam ebenso plötzlich, trotzdem die Regierung vorher noch gegen alle Gehaltskürzungen Stellung genommen hatte, die Vorlage des Sofortprogramms, das nun einschneidend und in weitgehender Weise ohne Vorbereitung den Bundesangestellten sagte, daß sie sowohl eine Besoldungssteuer zu leisten hätten als auch weiters mit einer Kürzung der Sonderzulage von 60 Prozent auf die Hälfte rechnen müßten. Hohes Haus, das kann man keine psychologische Vorbereitung der Notwendigkeit eines Notopfers nennen, und man kann es daher wohl verstehen, daß die Bundesangestellten

aller Schichten und Kategorien in gleicher Weise über diese plötzliche Maßnahme der Regierung erbittert, ja geradezu verzweifelt waren. Das will manche Seite in Österreich noch immer nicht verstehen. Man könnte es besser verstehen, wenn man sich die Mühe nähme, tiefer in den Haushalt eines Bundesangestellten hineinzuschauen, wenn man sich einmal die Mühe nähme, klar an der Hand der Ziffern festzustellen, wie es eigentlich mit den Gehältern dieser Bundesangestellten steht, wenn man sich in der Öffentlichkeit einmal klar bewußt würde, daß der Durchschnittsgehalt eines Bundesangestellten heute ungefähr 350 S im Monate beträgt, daß es Tausende von Bundesangestellten gibt, die noch nicht das Existenzminimum erreicht haben, daß es Maturanten gibt, die mit 30 Lebensjahren fast durchwegs einen Gehalt von 200 S im Monat beziehen, und daß die Akademiker in demselben Alter ein Einkommen von 250 S im Monat haben, wenn man sich auch klar machen würde, daß so viele von diesen elend bezahlten Bundesangestellten nicht nur für sich, sondern auch für Familien zu sorgen haben, dann glaube ich, wäre man nicht so ohne weiteres mit einer derartigen Vorlage vor die Öffentlichkeit und vor die Angestellten getreten. Wir müssen uns weiter darüber klar sein, daß diejenigen, die durch diese Vorlage am meisten getroffen werden, die Bundesangestellten mit niedrigen Gehältern sind und daß gerade diese die größte Zahl darstellen. Wenn wir feststellen, daß nach den Gehaltsbezügen 31.000 einen Jahresgehalt von 2000 bis 3000 S haben, daß ungefähr 21.850 einen Jahresgehalt von 4000 S aufweisen und daß nur mehr 14.500 einen Jahresgehalt von 5000 S haben, wenn wir uns weiter vergegenwärtigen, daß dann die Zahl derer, die einen höheren Gehalt beziehen, rapid sinkt, dann müssen wir wohl sagen, daß wir es begreifen können, daß die Bundesangestellten durch derartige Vorlagen geradezu in einen Zustand der Verzweiflung versetzt sind.

Es muß aber auch darauf hingewiesen werden, daß nicht nur die psychologische Vorbereitung dieser Gesetzesvorlagen eine mangelhafte gewesen ist, sondern es muß auch festgestellt werden, daß zuerst und allein mit den Angestellten begonnen wurde, daß dieses ganze Sofortprogramm in seiner ursprünglichen Fassung überhaupt nur die Kürzung der Gehälter der Bundesangestellten, beziehungsweise der Privatangestellten durch die Besoldungssteuer umfaßte. Alle übrigen Schichten der Bevölkerung waren aus diesem Sofortprogramm ausgeschlossen. Daher haben wir von allem Anfang an den Standpunkt vertreten, daß eine Kürzung der Beamtengehälter erst dann gerechtfertigt wäre, wenn der Allgemeinheit die Überzeugung beigebracht ist, daß auch sie zu diesem Krisenopfer herangezogen werden muß. Dieser Beweis konnte mit dieser Vorlage nicht erbracht werden, ja, im Gegenteil, die Bundesangestellten müssen das Gefühl haben, daß sie allein es sind, die die Aufgabe haben, den in Unordnung geratenen Staatshaushalt wieder in Ordnung zu bringen.

Wenn man bedenkt, daß in den letzten Jahren so viele Hunderte von Millionen von diesem Staatshaushalt für die Stützung der Wirtschaft ausgegeben worden sind, müssen sich die Bundesangestellten um so mehr fragen, wieso sie allein jetzt dazu kommen, hier wiederum die Zeche zu bezahlen. Hohes Haus! Es ist dafür eine Begründung gegeben worden, die ich von der Regierung bereits des öfteren gehört habe, die Begründung, daß die Bundesangestellten den einzigen Stand darstellen, der eigentlich nicht an dem Rückgang der Wirtschaft teilgenommen habe, der an dieser Weltwirtschaftskrise, die seit dem Jahre 1929 besteht, nicht teilgenommen habe, daß im Gegenteil die Bundesangestellten die einzigen seien, die, während anderswo überall die Einkommen zurückgehen, im Gehalte noch steigen. Hohes Haus, derartige Begründungen kann man wohl niemandem verständlich machen, und es ist auch fast nicht zu verstehen, wie sich ein Beamter derartige Begründungen zu eigen machen kann. Denn, hohes Haus, wie steht es denn mit dieser Steigerung des Einkommens? Ja, wenn es auch diese Steigerung des Einkommens bei den Bundesangestellten nicht gäbe, dann würde sich für den Bundesangestellten das Leben sehr bald überhaupt aufgehört haben. Das ist ja das einzige, was ihm wenigstens die Hoffnung für die Zukunft beläßt: daß er nämlich einmal in seinem Leben so viel bekommt, um auf das notdürftigste davon leben zu können. Diese kleinen Biennien, die in den unteren Kategorien und in den Gruppen B und C ohnedies unendlich niedrig sind, heute den Bundesangestellten zum Vorwurf zu machen, ist wohl mehr als zu weit gegangen.

So muß man wohl sagen, daß die Bundesangestellten mit einem doppelt und dreifach bitteren Gefühl diesen Vorlagen gegenüberstehen mußten. Bedenkt man nun außerdem, daß gerade in der Zeit, in der diese Vorlagen hier zur Verhandlung gekommen sind, sich auch die Krise der Credit-Anstalt eingestellt hat und die Öffentlichkeit wieder so blickartig in unsere private Wirtschaft, in unsere private Wirtschaftsführung hineinklicken konnte, so muß man wohl zu der Meinung kommen, daß die Bundesangestellten, psychologisch genommen, um so weniger bereit sein konnten, in diesem Augenblick ein Notopfer zu bringen. Man hat wohl vielfach behauptet, es bestehe gar kein Zusammenhang zwischen dem Budgetdefizit, den diesbezüglichen Vorlagen der Bundesregierung und der Krise der Credit-Anstalt. Geben wir dies für die materielle Seite zu, wiewohl diese Behauptung auch in dieser Richtung sehr angezweifelt werden kann. Aber die psychologischen Zusammenhänge sind außerordentlich weitgehend und tiefgreifend.

Hohes Haus! In diesem Augenblick mußten die Bundesangestellten von der Regierung erwarten, daß man, bevor ein Notopfer von ihnen verlangt wird, zuerst einmal in dieser Wirtschaft Nachschau hält und sucht, was hier zu korrigieren ist, nicht in erster Linie um der Einnahmen willen, die daraus dem Bunde zufließen, sondern um der Gerechtigkeit willen. Solange

in solchen Zeiten derartige Spitzengehälter bestehen, kann kein Bundesangestellter davon überzeugt werden, daß es gerecht ist, von ihm ein derartiges Notopfer zu verlangen. Es muß daher als oberste Forderung verlangt werden — und wir hoffen, daß die Regierung den Mut dazu aufbringt —, daß in aller nächster Zeit ein Ausnahmegesetz geschaffen wird. Wenn immer gesagt wird: Wir leben in Ausnahmezeiten, so haben wir auch das Recht, Ausnahmegesetze zu verlangen, die energisch und gründlich diesen Spitzengehalten an den Leib rücken und den Herren beamteten Wirtschaftsführern, die am meisten gegen die Bundesangestellten losziehen und sie am meisten in der Öffentlichkeit schlecht machen, die Spitzengehalte entsprechend eindämmen, so daß die Gehalte eben den Leistungen entsprechen. *(Sehr richtig! in der Mitte.)* Denn es möge keiner von diesen Wirtschaftsführern in Österreich glauben, daß er unentbehrlich sei! Wenn diese gehen, gibt es andere, die vielleicht auch zu andern Gehältern ihre Pflicht mindestens ebenso tun werden.

In diesem Zusammenhang hat die „Reichspost“ vor kurzem die Notiz eines Schweizer Finanzführers veröffentlicht, der sich in Österreich mit der Lage der Credit-Anstalt beschäftigte. Dieser Mann hat die Verhältnisse unbefangen betrachtet, und er hat auch das richtige Empfinden für die tatsächliche Lage sofort zum Ausdruck gebracht. Es befremde ihn, sagte er, daß in einem Lande, in dem breite Schichten kaum mehr als das Existenzminimum zur Verfügung haben, einzelne Einkommen beziehen, die in einem krassen Mißverhältnis zu ihren Leistungen stehen. Die Gehalte der Bank- und Industriedirektoren sind viel zu hoch. Die Herren werden sich einen kräftigen Abstrich ihrer horrenden Bezüge gefallen lassen müssen. So spricht ein Schweizer Finanzmann, der die Dinge jedenfalls einfacher und nüchterner sieht, als man sie hier in Österreich von dieser Seite zu sehen liebt. Wenn schon in solchen Zeiten gerade diese Majordomus der Wirtschaft, diese Herren Wirtschaftsführer wie in der Hauptversammlung des Industriellenverbandes den Mut aufbringen, in ihrem Hauptreferat nicht über die Credit-Anstalt, sondern nur über den Bundeshaushalt zu sprechen und ihn zu kritisieren, so muß ihnen wohl die Antwort gegeben werden, sie mögen zuerst in ihrem eigenen Hause die Ordnung herstellen, dann erst haben sie das Recht, den Bundeshaushalt zu kritisieren und in allerletzter Linie den Abbau von Beamtengehältern zu fordern.

Hohes Haus! Ich bin, wie dies auch schon früher aus geführt wurde, der Ansicht, daß nicht nur durch eine energische Zurückführung der Spitzengehalte auf das gebührende Maß, sondern auch durch eine andere Maßnahme von der Regierung der Beweis der Notwendigkeit von Einschränkungsmaßnahmen erbracht werden muß, und zwar durch eine Verwaltungsreform. Wie lange reden wir in Österreich schon von der Verwaltungsreform, und wie sehr sind wir alle davon überzeugt, daß

eine Verwaltungsreform, wenn sie wirklich von starker Hand durchgeführt wird, in Österreich außerordentlich viel zu leisten vermag. Möge die Regierung den Mut finden, mit dem ganzen Plane der Verwaltungsreform herauszurücken, zu zeigen, was in diesem Plane vorgesehen ist, damit man einen Überblick darüber erhält, inwieweit dieser Gesamtplan die Gelegenheit zu Ersparungen ergeben wird. Schon dadurch, daß die Regierung mit dem Plane der Verwaltungsreform herausrückt, wird in der Öffentlichkeit eine große Beruhigung geschaffen werden. Ich erinnere mich, wie es in der ganzen österreichischen Öffentlichkeit wirkte, als die Osterbotschaft des Bundeskanzlers Dr. Ender bekannt geworden ist, als er in Dornbirn zur Verwaltungsreform das Wort ergriffen hat, wo er das gesagt hat, was in Österreich alle Menschen von ihm erwartet haben, daß er entschlossen sei, als Reformator aufzutreten, daß er sich aber auch dessen bewußt sei, daß ein Reformator, wenn er ernst genommen werden wolle, daran gehen müsse, zunächst bei sich selbst, das heißt beim Haupt, also in der Zentrale zu reformieren. Wenn die Regierung daran gehen wird, diese Verheißung, die in der Osterbotschaft des Herrn Bundeskanzlers Dr. Ender zu lesen war, wahrzumachen, dann wird sie in der gesamten Bevölkerung Österreichs nur Beifall finden und dann wird wiederum ein Teil dafür geleistet sein, die psychologische Vorbereitung für ein wahrhaftiges Krisenopfer zu treffen.

Wenn von Verwaltungsreform gesprochen wird, so wird von dem einen da, von dem anderen dort zu den verschiedensten Ressorts gesprochen, und es werden zu den verschiedensten Ressorts Wünsche geäußert. Ich will mich darauf nicht einlassen. Es ist ja die Grundlinie dieser Verwaltungsreform da; sie soll ja darin bestehen, daß eine Vereinfachung unserer ganzen Verwaltung in Bund, Ländern und Gemeinden eintritt, eine Vereinfachung des Instanzenzuges, ein weitgehender Unterabbau, der wirklich die überflüssigen Referenten in den einzelnen Ministerien und überall, wo sie bestehen, einzieht und alles auf eine einfache Form zu bringen sucht, wie dies einem 6½-Millionen-Volk eben entspricht.

Wenn man aber schon von Verwaltungsreformen in den einzelnen Ministerien spricht, so muß ich offen gestehen, daß es mir auffällt, daß man, wenn man schon daran geht, die Bundesangestellten in so weitgehender Weise zu einem Notopfer heranziehen zu wollen, innerhalb des Heeresministeriums so ganz darauf vergessen hat, sich die Frage vorzulegen — ich weiß, daß ich hier in diesem Hause ein gewagtes Wort ausspreche, aber ich spreche es nach Überlegung und aus meiner vollsten Überzeugung aus —, ob die Bezüge der Wehrmänner nicht doch in Zeiten einer Not, in Zeiten einer Staatskrise um ein Vieles zu hoch sind. In einer Zeit, wo man daran geht, den Gehalt von 180 S eines Bundesangestellten sowohl von der Seite der Besoldungssteuer als von der Seite eines Gehaltsabzuges ergreifen zu

wollen, muß man wohl sagen, daß es nicht am Platze ist, wenn ein Wehrmann mit 18 Jahren ein Einkommen von 180 S im Monat bezieht, und daß er ungefähr 120 S auf die Hand gelegt bekommt, nachdem ihm alles übrige für Wohnung, Essen und Bekleidung bezahlt worden ist. (*Prodinger: In Deutschland hat ein Wehrmann 50 Mark!*) In Deutschland hat ein Wehrmann 50 Mark. Auch da werden wir uns die Frage vorlegen müssen, wenn die Dinge einmal so weit reif sind, ob nicht dieser Wehrmann auf eine andere Grundlage gestellt werden muß. Ich glaube sogar, es ist vom ethischen Standpunkt nur förderlich, wenn ein junger Mensch nicht allzu viel Geld in die Hand bekommt und dadurch dazu erzogen wird, über seine Verhältnisse zu leben.

Ich greife da nur ein Beispiel heraus, um zu zeigen, daß überall und überall zu prüfen wäre und daß man überall Momente finden würde, wo mit Energie und weitgreifend Ersparungen gemacht werden könnten. Wenn diese Vorbereitungen geschaffen sein werden, wenn wirklich einmal der ganze Plan aufgezeigt sein und wenn wirklich die Allgemeinheit zu dem Notopfer herangezogen werden wird, dann bin ich überzeugt, daß auch die Stimmung unter den Bundesangestellten eine ganz andere sein wird. Ich verweise nur auf das Notopfer im Deutschen Reich. Ich verweise darauf, daß man da wohl mit Rücksicht gerade auf die Angestellten des Reiches ein allgemeines Notopfer ausgearbeitet und die Allgemeinheit wirklich durch die sogenannte Krisensteuer, die alle trifft, herangezogen hat. Und warum sollen wir nicht auch an eine derartige Krisensteuer denken, wenn wirklich die Not so groß ist, daß die Allgemeinheit das größte Interesse an ihrer Beseitigung hat? Wir sind die letzten, die etwa unter allen Umständen jedes Notopfer ablehnen, und soll der Staat darüber zugrunde gehen. Wir sind die letzten, die hier etwa eine Prestigepolitik machen wollen, aber wir glauben und wir haben das Recht zu glauben und zu fordern, daß erst dann ein solches Notopfer gebracht werden soll, wenn wirklich die Zeit dazu in jeder Beziehung reif ist und wenn wirklich alles, was für eine Krisenzeit, für eine Notzeit verfügbar ist, zum Krisenopfer herangezogen wird.

Und wenn ich nun zu den Vorlagen selbst übergehe, so sind es zwei Gesetzentwürfe, die ich in dem Zusammenhang, in dem ich mir zu sprechen vorgenommen habe, hier zu behandeln habe, die Vorlage der Besoldungssteuer und die Vorlage des Beamtengehaltskürzungsgesetzes. Was die Besoldungssteuer anlangt, so sage ich noch einmal und wiederhole, was ich soeben ausgeführt habe: Es wäre für die ganze öffentliche Meinung wertvoll, wenn an Stelle dieser Besoldungssteuer eine allgemeine Krisensteuer, eine allgemeine Beschäftigtensteuer treten würde. Immerhin aber weist wenigstens diese Besoldungssteuer den Weg hinüber zur Allgemeinheit, und deshalb haben wir diese Besoldungssteuer nicht grundsätzlich abgelehnt, sondern betrachten diese

Vorlage als eine Verhandlungsgrundlage. Wir werden allerdings auch bezüglich dieser Besoldungssteuer sehr viel zu sagen haben, bezüglich der Ansätze unten und bezüglich der Auswirkung nach oben.

Was aber das Gehaltskürzungsgesetz anlangt, so scheint es in der uns vorliegenden Form wohl alles eher als tragbar zu sein. Dieses Gehaltskürzungsgesetz trifft alle Bundesangestellten ohne jeden Versuch einer sozialen Staffelung mit 5 Prozent. Es ist also Tatsache, daß, wenn alle diese Vorlagen durchgehen würden, die Bundesangestellten dreifach getroffen werden würden, dies in der Weise, daß sie zuerst von 170 S aufwärts eine Besoldungssteuer zu zahlen, daß sie darüber hinaus eine Gehaltskürzung von 5 Prozent mitzumachen und daß sie schließlich an der Teuerung, die durch die Zollerhöhungsmaßnahmen hervorgerufen wird, ihren Anteil hätten. So kann man natürlich ein allgemeines Sparprogramm nicht machen, daß man sagt, ja, es wird auch die Allgemeinheit durch die Zollerhöhungen herangezogen. Ja, wenn diese Zollerhöhungen den Bundesangestellten mittreffen und er somit als der wirtschaftlich schwächere oder fast am schwächsten Dastehende dreifach getroffen wird, so kann man doch niemals von einer sozialen Gerechtigkeit sprechen. Die Ansätze sind ungewöhnlich hoch, bei Durchschnittsgehalten, so wie wir sie aufgezeigt haben, 6½ bis 7 Prozent Abzug an Gehalt und darüber hinaus noch die prozentuelle Einrechnung, die mit einkalkuliert werden muß, in bezug auf die Erhöhung der Lebensmittel durch die Zollerhöhung.

Ja, hohes Haus, wie steht denn diese geplante Maßnahme im Verhältnis zu dem, was draußen im Reiche von den Angestellten gefordert wurde, draußen im Reiche, wo die Angestelltengehälter voll valorisiert worden sind und die Angestellten diese Vollvalorisierung schon seit dem Jahre 1926 genießen? Draußen im Reiche haben die Beamten jetzt das zweite Notopfer zu bringen, und mit beiden Notopfern kommen sie im geringsten Stadium nur auf 10 Prozent, im höchsten Stadium allerdings auf 18 Prozent; das sind aber im höchsten Stadium ganz andere Bezüge, als wir sie hier in Österreich aufzuweisen haben. Das Beispiel allein möge zeigen, wie sehr das, was von uns in Österreich hier gefordert wird, zu weitgehend ist.

Nun trifft aber dieses Gehaltskürzungsgesetz nicht nur die Bundesangestellten, sondern es ist ja soundso oft gesagt worden, daß diese Vorlage unerläßlich und notwendig ist ihrer Auswirkung auf die Bundesbahnen wegen. Das Gesetz ist auch erstreckt worden auf die Bundesbahnangestellten, und das mag wohl das Absonderlichste dieser Vorlage sein, daß hier ein Gesetz erstreckt wird auf einen kommerzialisierten Betrieb, der ganz andere Gehaltschemen, ganz andere Gehaltsvoraussetzungen hat, dessen Gehaltsregelungen in den letzten Jahren auf eine ganz andere Weise als bei uns durchgeführt worden sind. Es muß darauf hingewiesen werden, daß die Angestellten der Bundesbahnen die

ganzen Erhöhungen der letzten Jahre nicht in der Weise mitgemacht haben wie die Bundesangestellten selbst, daß dafür ihre Sonderzulage auf den vollen 13. Monatsgehalt erweitert worden ist, daß sie also ganz andere Voraussetzungen haben. Es möge darauf hingewiesen werden, daß die Pensionisten der Bundesbahnen überhaupt an der Sonderzulage gar keinen Anteil haben, daß 26.000 solcher Pensionisten in dieses Gesetz einbezogen werden sollen, die noch wesentlich schlechter stehen als die Pensionisten der Bundesangestellten. Und endlich und letztes muß darauf hingewiesen werden, daß es geradezu unverständlich ist, daß man in dieses Gesetz auch die gesamten Pensionisten einbezieht. Wir haben im vorigen Herbst viel davon gehört, daß eine 100prozentige Angleichung der Pensionisten durchgeführt worden ist. Die wenigsten Menschen außerhalb der Angestelltenorganisationen haben wohl eine Vorstellung, wie die Auswirkung dieser 100prozentigen Angleichung aussieht. Sie hat mit Ausnahme der höchsten Dienstklassen kaum mehr als 4, 5 S ausgemacht. Aber immerhin, es war eine Angleichung. Die 100 Prozent waren auch nicht richtig, denn es fehlte dieser Angleichung noch viel von dem, was die Bundesangestellten in den letzten Jahren schrittweise dazu erhalten haben. Aber nun, wenige Monate, nachdem man den Pensionisten diese magere Angleichung bewilligt hat, die so wenig ausgemacht hat, will man ihnen mit der anderen Hand ein Vielfaches von dem wieder wegnehmen, gerade diesen Ärmsten unter unseren Angestellten. Das ist wohl eine Maßnahme, die niemand, der sozial fühlt und denkt, wird begreifen können.

Aus allen diesen Gründen haben wir uns veranlaßt gesehen, gegen diese Gesetzesvorlage Stellung zu nehmen. Wir hoffen, daß sich die Regierung noch in letzter Stunde unseren schweren, und ich glaube, wohlberechtigten Bedenken anschließen und unseren Vorschlägen folgen wird, um die Möglichkeit zu geben, daß hier im Hause eine Situation geschaffen wird, die ein Krisennotopfer für den ganzen Staat durchführen läßt, das von allen für alle und für den Staat getragen werden soll und getragen werden kann. Ich glaube nicht daran, daß sich die Regierung in Anbetracht dieser schweren Bedenken auf den harten Standpunkt stellen wird, die Durchbringung dieser Vorlage im Hause erzwingen zu wollen. In diesem Falle allerdings müßten wir der Vorlage unsere Zustimmung versagen. Wir hoffen aber, daß es noch andere Mittel und Wege gibt, um zur Sanierung unseres Budgets zu kommen — Wege, die die Allgemeinheit treffen und die materiell Armen in diesem Staate eben nur so weit heranziehen, als sie es zu tragen vermögen. *(Beifall in der Mitte. — Während vorstehender Rede hat Präsident Dr. Ramek den Vorsitz übernommen.)*

Neustädter-Stürmer: Geehrte Damen und Herren! Wir sind gewiß nicht der Ansicht, daß, wenn es einmal dazu kommen wird, daß in diesem Staate wirklich Ordnung gemacht wird, es dann ohne Opfer

der Bevölkerung wird abgehen können, und wer die Stimmung in der Beamtenschaft kennt, der weiß, daß auch die Beamten nicht gegen ein Opfer für diesen Staat sind; sie sind nur gegen ein Opfer, das ebenso zwecklos und ebenso nutzlos zu werden droht wie alle andern Opfer, die die Beamtenschaft bisher gebracht hat. Es wird schließlich niemand behaupten wollen, daß sich die österreichische Beamtenschaft nicht opferfreudig genug erwiesen hat. Ich erinnere Sie daran, daß die Beamtenschaft schon einmal ein schweres Opfer zusammen mit großen Schichten der übrigen Bevölkerung gebracht hat, das Opfer, das uns durch die Inflation auferlegt wurde. Sie erinnern sich an die Zeit, in der die Beamtengehälter durch die Inflation vollständig entwertet wurden, und Sie werden sich auch daran erinnern, daß es langer und zäher Kämpfe bedurfte, bis die Beamtenschaft nur halbwegs eine Valorisierung ihrer Gehälter erreichen konnte.

Später hat die Beamtenschaft noch ein zweites Notopfer, das Notopfer des Abbaues, gebracht, von dem man sich damals große Ersparungen im Staate erwartet hat. Dieses zweite große Opfer — davon ist heute schon gesprochen worden — hat den Effekt gehabt, daß wir heute nach dem Abbau mehr Beamte haben als vorher. Vor nicht allzu langer Zeit hat ja wieder der Versuch von Ersparungen in der Verwaltung eingesetzt. Der Herr Ersparungskommissär Dr. Voebell hat hier — um ein Wort zu gebrauchen, das heute schon gebraucht wurde — mit viel Tamtam angekündigt, er werde nun den Staat und die Verwaltung zu sanieren trachten. Was dabei herausgesehen hat, wissen wir alle. Interessant ist eine Äußerung, die dieser Dr. Voebell einem Beamtenführer gegenüber gemacht hat, die Äußerung, daß er auch beabsichtige, für eine Sperre der Aufnahme der Beamten einzutreten, allerdings müsse ein Teil von neuen Beamten aufgenommen werden können, um dem Druck der politischen Parteien nachzugeben, die ihre Protektionskinder doch auch weiterhin in der Verwaltung unterbringen wollen. Das ist sehr bezeichnend auch für die Art, wie der Beamtenabbau seinerzeit durchgeführt wurde, daß nämlich die alten Beamten abgebaut und neue Beamte, fast durchgehend Protektionskinder der politischen Parteien, an ihre Stelle gesetzt wurden.

Ich erinnere auch an das große Notopfer, das die Pensionisten durch Kürzung der Bemessungsgrundlage gebracht haben, ich erinnere an das besonders große Opfer, das die Altpensionisten durch Jahre hindurch und heute noch bringen. Wenn die Beamtenschaft das Gefühl hätte, daß jetzt der Tag gekommen ist, an dem endlich in Österreich Ordnung gemacht wird, an dem endlich eine neue Ära in diesem Österreich einsetzt, an dem die großen Fragen gelöst werden, sagen wir, die große Frage der Arbeitslosigkeit, vielleicht in Form der Schaffung einer Arbeitsverfassung und in Form der Schaffung der Arbeitsdienstpflcht, wenn endlich einmal daran gegangen würde, das große

Problem der Geldwirtschaft zu behandeln, dem Zinswucher, der von unseren Großbanken getrieben wird, zu steuern, wenn daran gegangen würde, das Problem der Sozialreform, so wie wir es propagieren, in Form einer Volksversicherung, die alles einschließlich der Armenfürsorge umfaßt, zur Lösung zu bringen, wenn alle diese Probleme so angefaßt werden würden, dann wäre gewiß auch die Beamtenschaft bereit, wieder ein Notopfer zu bringen, und dann hätten auch wir vom Heimatblock keinen Grund, uns einem solchen Notopfer entgegenzustellen. Aber wir sowohl als die breiten Massen der Beamtenschaft halten dieses Notopfer für vollkommen zwecklos sowie auch die anderen Opfer, die bisher gebracht wurden.

Ich brauche mich nicht besonders damit zu beschäftigen und davon zu sprechen, daß dieses Notopfer, das den Beamten heute aufgehaßt werden soll, auch ein unmoralisches Notopfer ist. Diese Aufgabe hat mir schon ein Vertreter der Regierungsparteien, Herr Professor Foppa, abgenommen, der in sehr richtiger Weise gesagt hat, daß das Vertrauen der Beamten nicht da ist, daß in der Bevölkerung das Vertrauen nicht da ist, daß dieses Opfer wirklich gut angebracht werden würde. Es ist sicher, daß in unserem ganzen Staate eine schwere Vertrauenskrise besteht, eine Vertrauenskrise, die nur zu sehr begreiflich ist. Anlässlich des 2. Credit-Anstalts-Gesetzes hat die Regierung die beruhigende Zusicherung gegeben, daß gegen alle Schuldtragenden scharf vorgegangen werden wird. Ich glaube, nicht nur wir vom Heimatblock, sondern niemand in ganz Österreich glaubt diesen Worten. Niemand in ganz Österreich glaubt diesen Worten, weil wir seit Jahr und Tag die Erfahrung machen, daß solche Versprechungen immer wieder gegeben und niemals eingehalten werden. Es ist gewiß nicht zu hoch gerechnet, wenn wir sagen, daß in den abgelaufenen Jahren über 2 Milliarden Schilling öffentlicher Gelder verschleudert wurden, nicht nur durch die Bankenskandale, die Postsparkassengeschichte usw., sondern das reicht noch hinein in eine Zeit, als die Skandale des Arsenal, von Wöllersdorf usw. viel Staub aufgewirbelt haben. Es ist gewiß nicht zu viel gesagt, wenn wir behaupten, daß wenigstens 2 Milliarden Schilling in diesem Staate verschleudert wurden. Weiters sagen wir — und niemand wird dem widersprechen können —, daß nicht ein einziger Schuldtragender zur Verantwortung gezogen wurde. Im Laufe aller dieser Jahre wurde nicht ein einziger Mann für die Verschleuderung dieses Volksvermögens zur Verantwortung gezogen. Heute kommt man nun und verlangt von einem der schwächsten, von einem der wirtschaftlich und auch politisch schwächsten Teile der Bevölkerung, verlangt man von der Beamtenschaft, daß sie von ihren kargen Löhnen Beiträge zur Stützung des Staates stifte. Es ist auch eine alte Ungerechtigkeit und ein offenes Geheimnis, daß die Gehälter der Beamtenschaft trotz aller Bestimmungen nicht gleich,

sondern ungleich sind und daß wieder diejenigen Beamten, die solchen Körperschaften angehören, die den politischen Parteien nahestehen, weit höhere Bezüge beziehen, als sie die Bundesbeamten haben. Es ist ja verschiedene Male auch hier von Seiten der Regierungsparteien gesagt worden, daß in diesem Staate alles mit dem gleichen Maße gemessen wird, daß alles höchst gesetzmäßig, genau nach dem Gesetz vor sich geht. Diese Regierung ist ja eine Regierung der Gesetzmäßigkeit. Aber nur nebenbei bemerkt: diese selbe Regierung der Gesetzmäßigkeit scheut sich nicht, durch das Aufmarschverbot einen Verfassungsbruch zu begehen. (*Rufe auf der äußersten Rechten: So ist es!*) In diesem Falle wird von der Gleichheit der Gesetze, von der Gesetzmäßigkeit nicht mehr gesprochen, wenn die Regierungsparteien den Sozialdemokraten einen Liebesdienst erweisen können. (*Rufe: Sehr richtig! auf der äußersten Rechten. — Lachen links.*)

Die Ungleichheit, wie sie in den Gehältern der öffentlichen Beamten besteht, ist ja nicht so kraß wie der Unterschied zwischen den Bezügen der Beamtschaft und den Bezügen einzelner in der Privatwirtschaft. Das ist doch den breiten Schichten der Beamtschaft nicht unbekannt. Sie brauchen ja nur irgendeine Zeitung einer Berufsorganisation der Beamten aufzuschlagen, um solche Beispiele zu finden. Ich habe da ganz willkürlich einige herausgegriffen. Der Herr Ehrenfest von der Credit-Anstalt zum Beispiel, der dieser Credit-Anstalt einen Verlust von 35 Millionen Schilling durch Spekulationsgeschäfte gebracht hat, bezieht eine Pension von 108.000 S jährlich. (*Rufe auf der äußersten Rechten: Hört! Hört!*) Damit Sie nicht sagen, daß es in dieser Credit-Anstalt ja ohnehin ganz ordentlich zugegangen ist, möchte ich ebenfalls aus einer Beamtenzeitung herausgreifen, daß da beispielsweise die Molo Textil A. G. mit einem Kapital von ganzen 12.000 S gegründet wurde und daß die Credit-Anstalt dieser Molo Textil A. G. einen Kredit von 14 Millionen Schilling eingeräumt hat. (*Rufe auf der äußersten Rechten: Unerhört!*) Das war die gewissenhafte Führung in der Credit-Anstalt. Es ist auch einer Beamtenzeitung entnommen, daß die sechs leitenden Direktoren der Credit-Anstalt 2 Millionen Schilling im Jahr beziehen, also 30mal so viel als der Bundespräsident.

Wenn sich nun die Beamten, vor allem die kleinen Beamten, diese Dinge vor Augen halten, wenn sie das in ihren Zeitungen lesen und wenn sie sehen, wie Volkvermögen ungestraft verschleudert wird, wenn sie sehen, welche Bezüge diejenigen haben, die von der Beamtschaft Opfer fordern, dann kann ich nur das unterstreichen, was der Herr Vorredner gesagt hat: daß die Einbringung dieser Vorlage im höchsten Grade unmoralisch ist. (*Rufe auf der äußersten Rechten: Sehr richtig!*)

Sie ist aber auch deshalb im höchsten Grade unmoralisch, weil wir ja erst ein halbes Jahr von den

Wahlen entfernt sind. Vor den Nationalratswahlen haben sich dieselben Parteien, die heute von den Beamten Gehaltstürzungen und Besoldungssteuern verlangen, in unzähligen Versammlungen für eine Besserung der Lage der Beamtschaft eingesetzt. Ich scheue mich nicht, zu sagen, daß zum Beispiel gerade der Schober-Block, daß die Führung Schobers, daß gerade die Person Schobers, der selbst ein Beamter ist, unzählige Pensionisten, vor allem die kleinen Leute und die älteren Leute, an sich herangezogen hat, die damit gerechnet haben, daß das, was ihnen die Führung Schobers versprach, auch wirklich eingehalten werden wird. (*Rufe auf der äußersten Rechten: Sehr richtig!*) Es ist kein Wunder, wenn heute in Wien das Witzwort aufgefliegen ist von „Johannes dem Täuscher“. Tatsächlich sind diese Pensionisten, tatsächlich sind diese Beamten getäuscht worden, denen man bei den Versammlungen erzählt hat, daß ihre Lage verbessert wird. Nun wird von einem Kabinett, dessen Mitglied Dr. Schober noch heute ist, eine derartige Regierungsvorlage auf den Tisch gelegt. Es ist aber auch kein Geheimnis, das ich hier erzähle, sondern es ist in den breiten Schichten der Beamtschaft bekannt, daß derselbe Herr Finanzminister, der sagt: Leider muß ich hart sein, eine Sonderzulage von 6000 S jährlich bezieht. Ich will nicht behaupten, daß das zu viel ist und daß seine Arbeit diese Entlohnung vielleicht nicht verdient. Aber wenn man selbst vom Sparen spricht, wenn man selbst sagt: Ich muß hart sein in diesem Österreich, jeder Beamte, auch der kleinste, auch jeder kleinste Pensionist muß Opfer bringen, dann muß man schon bei sich selbst zu sparen beginnen.

Es ist auch heute das Thema von der Verwaltungsreform angezogen worden. Es wird ja immer wieder gesprochen von der Hypertrophie der Beamtschaft. Das ist ein Ausdruck, der vielleicht ungenau ist — ungenau darum, weil wir ja in Österreich nicht nur eine Hypertrophie der Beamtschaft, sondern eine Hypertrophie aller Stände haben. Wir haben, wenn Sie wollen, auch eine Hypertrophie im Handel und Gewerbe, wir haben auch, wenn Sie das schon so nennen wollen, eine Hypertrophie in der Arbeiterschaft, das heißt, dieser Boden ist wenigstens bei der Wirtschaftsordnung, die wir haben, zu klein, um alle zu ernähren. Und wenn Sie wieder von einem Abbau sprechen: gut, einverstanden. Aber dann müssen Sie uns doch zuerst sagen, was mit diesen Leuten geschieht, die nun abgebaut werden, was mit den Tausenden geschieht, wo Sie die unterbringen werden, die Sie abbauen wollen. Ich kann Ihnen insofern auch versichern, daß ich an Ihre Verwaltungsreform in dem Sinne, wie Sie sie machen wollen, nicht glaube — nicht glaube darum, weil man diese Verwaltung gründlich, von Grund auf nicht reformieren kann, bevor man nicht diesen Staat von Grund auf reformiert. (*Rufe auf der äußersten Rechten: Sehr richtig!*) Sie werden dieses Kunststück nie zusammenbringen in diesem Staate, irgendeinen

Teil zu reformieren, irgendeinen Zweig dieses Staates zu reformieren, bevor Sie nicht diesen ganzen Staat reformieren, bevor Sie nicht die Wirtschaftsordnung und die Verfassung dieses Staates ändern werden. Vielleicht, im kleinen läßt sich auf dem Gebiete der Verwaltungsreform etwas machen. Wir haben ja selbst einen derartigen Gesetzesvorschlag eingebracht, einen Gesetzesvorschlag, der keinen Heller Geld kosten würde, den Vorschlag, daß man endlich einmal zu einer Neukodifikation unserer ganzen Gesetzgebung schreiten möge. Das wäre etwas, was eine sehr wesentliche Erleichterung für die ganze Beamtenschaft bedeuten würde, wenn man einmal alle diese Vorschriften, die da zurückgehen bis in die fünfziger Jahre und vielleicht noch auf frühere Zeiten, zusammenfassen würde. Das würde nichts kosten, denn wir haben Beamte genug, die das machen können, und auch das, was vielleicht an Druckkosten aufgehen würde, wird reichlich hereingebracht durch den Bezug einer solchen neuen Gesetzesammlung. Leider ist diese harmlose Gesetzesvorlage, die wir eingebracht haben, seit ungefähr vier Monaten liegengeblieben, sie hat bisher noch nicht einmal im Verfassungsausschuß einen Referenten erhalten, und sie liegt noch in irgendeiner Lade dieses Ausschusses.

Wenn ich also zusammenfasse, so sage ich: Wir sind gegen dieses Notopfer, weil es zwecklos ist, weil es wieder nur in das bodenlose Faß dieser Parteivirtschaft hineingeschüttet wird, wir sind dagegen, weil es unmoralisch ist. Wir werden also ganz und gar gegen das Gehaltskürzungsgesetz stimmen. Wenn Sie die Besoldungssteuer einführen wollen, aber in einer anderen, besseren Staffelung, in einer Staffelung, die den Kleinen und vor allem — das stellen wir hier fest — unbedingt den Pensionisten ausläßt, denn der hat sein Notopfer reichlich gebracht, von dem kann niemand ein neues Notopfer verlangen — wenn Sie also dieses Gesetz anders staffeln würden, daß wirklich nur die Spitzengehälter, die großen Gehälter getroffen werden und die kleinen nicht, dann lassen wir über dieses Gesetz mit uns reden, niemals aber über das Gehaltskürzungsgesetz, das wir für vollkommen verfehlt und unmoralisch halten. *(Lebhafter Beifall auf der äußersten Rechten.)*

Rönig: Hohes Haus! Wenn ich mich mit dem vorliegenden Gesetzentwurf beschäftige, so möchte ich insbesondere eine Bestimmung dieses Gesetzentwurfes herausheben — es ist der § 8 des Besoldungskürzungsgesetzes, welcher sich mit der Kürzung der Bezüge der Eisenbahnbediensteten befaßt und von welchem Paragraphen in den Erläuterungen seitens der Regierung selbst darauf hingewiesen wird, daß der zweite Punkt dieses Paragraphen von besonderer Wichtigkeit sei — eine Erklärung, die ich voll und ganz unterschreiben kann, da in diesem Punkt 2 des § 8 seitens der Regierung der Versuch unternommen wird, das Notopfer, welches von allen öffentlich Angestellten gefordert wird, einfach mehr als zu verdoppeln. Wenn wir uns diesen § 8 ansehen, so müssen wir uns fragen und unserer Ver-

wunderung darüber Ausdruck geben, wieso überhaupt die Regelung der Bezüge der Eisenbahnbediensteten in dieses Gesetz hineinkommt. Wenn bisher Bezugsaufbesserungen der öffentlichen Angestellten auf gesetzlichem Wege vorgenommen wurden, hat es die Regierung immer vermieden, auszusprechen, daß diese Bezugsaufbesserungen automatisch auch auf die Eisenbahnangestellten Anwendung finden. Wir sehen hier zum erstenmal seit dem Bestande des Bundesbahngesetzes, also seit Oktober 1923, den Versuch der Regierung, eine Kürzung der Bezüge der öffentlichen Angestellten automatisch im doppelten Ausmaß auf die Eisenbahnangestellten auswirken zu lassen. Ich kann das nicht anders bezeichnen denn als geradlinige Fortsetzung jenes Systems, welches im vorigen Herbst vom Herrn Minister Baugoin bei den Bundesbahnen einzuführen versucht wurde, nämlich der Mißachtung der Personalvertretung der Eisenbahnbediensteten. *(Lebhafte Zustimmung links.)* Wir haben ja gesehen, daß das Regime Strafella darauf aufgebaut war, die Personalvertretungsvorschriften zu mißachten und auf dem Gebiete der Bezugsregelung der Eisenbahnbediensteten ohne Anhörung der Personalvertretung, ohne Mitbestimmung der Personalvertretung Änderungen herbeizuführen. Und die Fortsetzung dieses Versuches sehen wir hier in dem Gesetze: eine Verletzung der Personalvertretung, eine Verletzung der Personalvertretungsvorschriften. Diese Personalvertretungsvorschriften, hohes Haus, sagen im § 1 ausdrücklich, daß alle Dienst- und Verdienstangelegenheiten, alle Fragen sozialer und wirtschaftlicher Natur für die Eisenbahnbediensteten nur im Einvernehmen zwischen Verwaltung und Personalvertretung als der Interessenvertretung der Bediensteten geregelt werden können. Hier aber unternimmt man den Versuch, in eine Gesetzesvorlage eine Bestimmung aufzunehmen, durch die die Bezüge der Bundesbahnangestellten in ungeheurem Maße gekürzt werden.

Berechnen Sie das Ausmaß der Kürzung, welche hier den Bundesbahnangestellten zugemutet wird. Gegenüber einer 5prozentigen Kürzung der Bezüge der öffentlichen Angestellten spricht man hier im Punkt 1 des § 8 von einer sinngemäßen Anwendung dieser Kürzung auch auf die Bezüge der Bundesbahnangestellten. Es möge doch einer der Herren der Regierung erklären, was die sinngemäße Anwendung dieser Kürzung zu bedeuten habe. Entweder ist es eine bewußte Mißachtung oder eine Unkenntnis des Besoldungsschemas der Bundesbahnangestellten, welche die Regierung veranlaßt hat, in diesem Gesetze von einer sinngemäßen Anwendung zu sprechen, wo heute die Bezüge der Bundesbahnangestellten mit denen der Bundesangestellten überhaupt nicht mehr verglichen werden können. Der ganze Aufbau der Besoldung, ja die Zusammensetzung der Bezüge ist bei den Bundesbahnangestellten vollkommen verschieden von der der übrigen öffentlichen Angestellten, so daß man von einer

sinngemäßen Anwendung nicht sprechen kann, außer wenn man vielleicht die Absicht hat, das gesamte Einkommen der Bundesbahnangestellten um 5 Prozent zu kürzen.

Aber der Punkt 2 dieses § 8 geht noch viel weiter. Er spricht davon, daß die außerordentlichen Zuwendungen, die die Bundesbahnangestellten haben, auf das Niveau der Sonderzahlung der Bundesangestellten gekürzt werden müssen, das heißt, daß an Stelle der 100 Prozent eines Monatsbezuges, die heute den Bundesangestellten in zwei Raten, nämlich im Juli und Dezember, ausbezahlt werden, um 40 Prozent gekürzte Beträge treten, daß an Stelle dessen, daß zweimal 50 Prozent ausbezahlt werden, nur zweimal 30 Prozent ausbezahlt werden sollen. Und wenn Sie jetzt die Berechnung anstellen, so werden Sie dazu kommen, daß die Regierung mit dieser gesetzlichen Bestimmung die ungeheuerliche Absicht verfolgt, den Bundesbahnern neben der 5prozentigen Kürzung, die durch sechs Monate laufen soll, daher in Summe 30 Prozent eines Monatsbezuges ausmacht, im heurigen zweiten Halbjahr noch 40 Prozent eines Monatsbezuges wegzunehmen, das heißt statt 5prozentige Kürzung eine 10 $\frac{5}{6}$ prozentige Kürzung der Bezüge der Bundesbahnangestellten. Und wenn ich dazu noch die im Besoldungssteuergesetz vorgeschlagene durchschnittlich für die unteren Kategorien in Betracht kommende 1,3prozentige Verkürzung der Bezüge durch die Besoldungssteuer in Rücksicht ziehe, so kommen wir durch diese einfache Rechnung darauf, daß die Bezüge der Bundesbahnangestellten im zweiten Halbjahr des heurigen Jahres ungeheuerlich, um 13 Prozent, gekürzt werden sollen. (*Hört!-Hört!-Rufe links.*) Ich frage Sie, ob es richtig ist, daß das alles geschehen soll, ohne daß die Regierung es überhaupt wert gefunden hat, entgegen dem bei den öffentlichen Angestellten geübten Vorgang mit den Organisationen der Eisenbahnangestellten, mit ihrer Personalvertretung, auch nur ein einziges Mal darüber Verhandlungen zu pflegen. (*Hört! Hört!-Rufe links.*)

Aber vielleicht wollte man diese Verhandlungen nicht pflegen, weil der verfloßene Herr Generaldirektor Strafella einen diesbezüglichen Bericht an die hohe Regierung erstattet hat. Es hat sich nämlich bei den Bundesbahnen etwas ganz Absonderliches ereignet. Zu einer Zeit, wo der Herr Finanzminister ganz feierlich erklärt hat, daß an eine Kürzung der Bezüge der öffentlichen Angestellten nicht gedacht werde und auch nicht zu denken sei, und alle darauf Bezug habenden Gerüchte als unsinnig bezeichnet hat, zu derselben Zeit war es gerade der Generaldirektor Strafella, der es für notwendig befunden hat — es paßte vielleicht in sein Reklameprogramm, nach welchem er über seine Verwaltung der Öffentlichkeit immerfort Mitteilungen machen mußte —, an die Bundesbahnangestellten heranzutreten und sie zu Verhandlungen einzuladen, in denen er von den Bundesbahnangestellten ein

Opfer von über 60 Millionen Schilling, nahezu 25 Prozent ihrer Bezüge, gefordert hat. (*Hört!-Hört!-Rufe links.*) Die Bundesbahnangestellten verlangten damals von der Verwaltung eine Darlegung der finanziellen Situation des Unternehmens. Sie wollten eine Klarstellung der Verhältnisse bei den Bundesbahnen, bevor sie überhaupt zu Verhandlungen über derartige Fragen mit der Verwaltung der Bundesbahnen zusammen treten können. Auf dieses Verlangen hin hat die Verwaltung das Interesse an der Sache verloren und scheint nun, weil sie nicht den Mut gefunden hat, mit ihren Organisationen und ihrer Personalvertretung ernsthaft über die Frage zu verhandeln, den Ausweg gewählt zu haben, sich hinter die Regierung zu stecken und die Regierung zu ersuchen, das alles, was sie sich selbst nicht getraute, nunmehr im Gesetzeswege durchzuführen. Daher sehen Sie auch in den Erläuterungen, daß, während das Notopfer der öffentlich Angestellten nur 15 Millionen betragen soll, das Notopfer der Bundesbahnangestellten und Pensionisten 18 Millionen Schilling betragen soll.

Meine Herren! Wir müssen uns nun fragen, wieso man den Mut findet, an die Bundesbahnangestellten überhaupt noch heranzutreten, daß sie Opfer bringen, jene Bundesbahnangestellten, von denen ich Ihnen nachweisen kann, daß sie alle Jahre hindurch schwere und große Opfer gebracht haben, Opfer gebracht haben in bewährter Selbstdisziplin, Opfer gebracht haben als Bedienstete, denen nicht nur ihr eigenes Interesse, sondern auch das Interesse der Bundesbahnen am Herzen gelegen ist, Opfer gebracht haben, trotzdem diese Bundesbahnen Leitungen bekommen haben, von denen die Bundesbahnbediensteten erkennen mußten, daß ihnen andere Dinge als gerade das Interesse der Bundesbahnen am Herzen gelegen sind. Wenn Sie Vergleiche ziehen, so werden Sie finden, daß die Leistung der Bundesbahnen vom Jahre 1924 bis zum Jahre 1929 um ein gewaltiges Prozentmaß gestiegen ist. Es ist auch bezeichnend für das Verwaltungssystem der Bundesbahnen, daß wir heute — es ist beinahe schon Mitte Juni — noch immer keine Bilanz dieses größten Betriebes, über den der Bund verfügt, haben. Man hört, es müsse diese Bilanz fortwährend nach den Wünschen der jeweiligen Leitung umgearbeitet werden, die den Bundesbahnen beschieden wird. Wenn Sie also einige Ziffern interessieren, so sehen wir beispielsweise, daß die Betriebseinnahmen seit dem 1. Jänner 1924 bis zum 1. Jänner 1929 von 478 auf 678 Millionen gestiegen sind, also eine nahezu 42prozentige Steigerung aufweisen. Es könnte vielleicht gesagt werden, daß diese Steigerung nur mit der Erhöhung der Tarife, also der Preise, zusammenhängt. Nein, wir können auch die Leistungen vergleichen, und da finden wir, daß die Menge der beförderten Güter vom Jahre 1924 bis zum Jahre 1929 um 30 Prozent, daß die Wagenachskilometer, die Bruttotonnenkilometer um ein bedeutendes Prozentmaß gestiegen sind und

daß in derselben Zeit die Anzahl der Bundesbahnbediensteten um ein bedeutendes Prozentmaß gesunken ist, von bedeutend weniger Personen also eine bedeutend höhere Leistung vollbracht wurde.

Es wurde heute davon gesprochen, daß der Abbau nicht immer das gewünschte Resultat gezeitigt habe, und es wird mit Gehässigkeit betont, daß heute die Anzahl der Aktiven und der Pensionisten größer sei als früher. Das ist nicht richtig. Die Zahlen sprechen und zeigen, daß die Anzahl der Aktiven und Pensionisten zusammen am 1. Jänner 1924 143.000, am 1. Jänner 1931 138.000 betragen hat. Wir sehen den ungeheuren Prozeß der Rationalisierung auf die Anzahl der Bundesbahnangestellten, auf die Anzahl der bei den Bundesbahnen Beschäftigten mit aller Schärfe sich auswirken, und wir können das insbesondere verfolgen, wenn wir einen Blick auf die letzte Zeit werfen und die Jahre 1930 und 1931 vergleichen. Wir haben am 1. Jänner 1930 noch 79.500 Bedienstete gehabt. Die Zahl dieser Bediensteten fiel bis zum 1. Jänner 1931 auf 75.000, und am 1. Mai 1931 befanden sich bloß mehr 73.000 Bedienstete im Aktiostand der Bundesbahnen. (*Hört! Hört! Rufe links.*) Das bedeutet in weniger als anderthalb Jahren eine nahezu 9prozentige Verminderung des Personalstandes der Österreichischen Bundesbahnen.

Worin drücken sich nun diese Opfer aus? Zunächst darin, daß all die Leistungen sehr oft — wir müssen es sagen — ohne Berücksichtigung der Sicherheit des Verkehrs einfach nur auf Kosten der Bediensteten erhöht werden. Wir müssen uns nun fragen: Gäbe es denn nicht doch andere Gebiete, auf denen bei den Bundesbahnen gespart werden könnte? Müßten denn gerade die Angestellten immer die Opfer sein, die zur angeblichen Sanierung beitragen sollen? Es gäbe noch Mittel, die, wenn man sie wirklich anwenden wollte, vielleicht einen größeren Erfolg zeitigen würden als dieser rein mechanische Versuch, das Einkommen von Leuten, die heute zum Leben überhaupt schon zu wenig haben, noch mehr herabzusetzen, von Leuten, die im schweren verantwortungsvollen und aufreibenden Dienst stehen; aber es müßten eben andere Wege gegangen werden. Wir selbst waren es, die bereits vor Monaten den Bundesbahnen vorgeschlagen haben, in den Werkstätten der Bundesbahnen Kurzarbeit einzuführen. Wir wiesen auf das Beispiel Deutschlands, auf das Beispiel Polens hin, welches diesen Versuch — und zwar mit vollem Erfolg — unternommen hatte. Wir haben nachgewiesen, daß es durch eine Kürzung der Arbeitszeit möglich sei, derartige Ersparnisse in den Personalausgaben des Werkstätdienstes herbeizuführen, daß es möglich gewesen wäre, 2500 Arbeitslose durch sechs Monate hindurch bei den Bundesbahnen zu beschäftigen, und zwar mit der Arbeit der Herstellung des Oberbaues, also mit der Bahnerhaltung. Man predigt hier tauben Ohren. Wir haben eine parteipolitische Verwaltung, wir haben eine Verwaltung, die alle Maßnahmen, die sie trifft, nur vom Gesichtspunkte der Parteipolitik trifft, eine Verwaltung, die es für gut befunden hat, statt dieses unser Angebot mit uns durchzubesprechen und durchzuführen, den Versuch zu unternehmen, Arbeiter nach 30 und 32 Dienstjahren im Lebensalter von 59 und 60 Jahren von ihrer Profession abzugiehen, sie zu demütigen und zur Arbeit auf den Oberbau hinauszuschicken, obwohl wir es allemal nachweisen konnten, daß — wir haben es im Akt gesehen — die betreffende Verwaltung erklären mußte, daß sie sich von diesen Leuten eine ersprießliche Dienstleistung überhaupt nicht erwarten könne, weil es nicht möglich ist, daß Leute mit 60 Jahren nach 30jähriger Dienstleistung einfach zu einer neuen Arbeit kommandiert werden, zu der eben besondere Vorerfordernisse in bezug auf Elastizität der Muskeln usw. notwendig sind. Aber man suchte auf diese Weise Vertrauensmänner zu treffen, und wo oder wie sich überhaupt ein Bediensteter um seine Organisation gekümmert hat, da stand er bereits auf der Liste derjenigen, die für diese Dienstleistung ausgesucht wurden. Da war nicht maßgebend die Ersparnis, da hatte man Geld genug, es einfach hinauszuerwerfen, die parteipolitische Gehässigkeit der Verwaltung gegenüber ihrem Personal konnte sich hier austoben, der mußte hier Genüge geleistet werden.

Wir haben den ungeheuerlichen Vorfall zu verzeichnen, daß zur selben Zeit, wo aus einer Werkstätte, die über eine wohl eingerichtete Gießerei verfügt, aus dieser Gießerei wegen verminderter Arbeitszuweisung eine Reihe von Leuten zum Oberbau geschickt wurden, zur selben Zeit ein bedeutender Auftrag von den Bundesbahnen an die Privatindustrie vergeben wurde. (*Hört! Hört! links.*) Wir waren niemals Feinde der Privatindustrie, weil wir wissen, daß auch dort Arbeiter beschäftigt sind, die nach Arbeit lechzen. Aber ich frage, was dazu zu sagen ist, wenn ein derartiger großer Arbeitsauftrag an die Privatindustrie vergeben wird, und zwar an einen Industriellen, der selbst Mitglied der Verwaltungskommission der Bundesbahnen ist, zu einem höheren Preise, als es in der eigenen Werkstätte hergestellt werden kann. (*Rufe: Hört! Hört! links.*) Es würden auf dem Gebiete des Beschaffungswesens noch viele Ersparnisse zu erzielen sein, es könnten die Sachausgaben noch bedeutend gedrosselt und in der Personalwirtschaft noch Ersparnisse gemacht werden, aber ein Erfordernis wäre in der Personalwirtschaft: daß Sauberkeit herrsche (*Beifall links*), daß nicht eine Personalwirtschaft, ich möchte nicht sagen, von parteipolitischen Gesichtspunkten, sondern von parteipolitischer Korruption diktiert, geführt werde. (*Erneuter Beifall links.*)

Vor einigen Tagen wurde behauptet, daß dem Hauptausschuß des Nationalrates die Verträge vorgelegt wurden, die unter der Amtsführung des Generaldirektors Straßella mit neu aufgenommenen Personen abgeschlossen wurden. Es war unwahr. Es wurden nicht alle Verträge vorgelegt. Eine ganze Reihe von

Neuaufgenommenen befindet sich noch bei den Bundesbahnen, mit denen hohe Verträge abgeschlossen wurden (*Hört! Hört! links*), Verträge, die nicht nur ihre aktiven, sondern auch ihre Pensionsbezüge sichergestellt haben. Und da verlangt die Regierung, daß die Bundesbahner Einsicht haben und von ihren Bezügen Opfer bringen sollen, wenn man auf der anderen Seite sieht, daß für die Sätturierung der parteipolitischen Korruption Millionen hinausgeworfen werden! (*Zustimmung links*.)

Bureaus wurden eingerichtet, wie man uns mitteilte, zu großen Zwecken. Wenn wir heute die Insaßen dieser Bureaus suchen, so finden wir sie bereits zum größten Teil auf anderen Dauerstellungen untergebracht. Man traute nicht recht diesen neuen Bureaus. Man hat sie wieder herausgenommen und läßt sie untergehen in dem allgemeinen Personalkörper. Es ist klar, daß sich kein verantwortlicher Vertreter der Eisenbahner dazu hergeben kann, mit der Verwaltung zusammenzutreten und über Opfer zu sprechen, wenn diese Verwaltung eine derartige Korruptionswirtschaft im Personalwesen ausgerichtet hat.

Es möge aber auch einmal untersucht werden, welche Opfer die Bundesbahnen jenen Herren am Schwarzenbergplatz bringen, die an den Österreichischen Bundesbahnen und insbesondere an ihren Angestellten fortwährend Kritik üben, ohne den Betrieb überhaupt zu kennen. Untersuchen Sie, welche Opfer in Form von Resaktien gebracht werden, und untersuchen Sie, ob es wirklich immer die Volkswirtschaft ist, der diese Opfer gebracht werden, oder ob es nicht der betreffende Industrielle ist, der in dieser Weise eine Protektion genießt. (*Zustimmung links*.)

Ich habe gesagt, daß die Bundesbahnbediensteten große Opfer gebracht haben und daß die Verwaltung unter der Leitung des Generaldirektors Straßella vor nichts zurückgeschreckt ist. Ich habe Ihnen geschildert, daß man Werkstättenarbeiter, Professionisten, zu Diensten kommandiert hat, denen sie nicht gewachsen waren. Man ist noch weiter gegangen. Man hat auch andere Bedienstete zu Berrichtungen kommandiert, ohne sie dafür eingeschult zu haben, und wir können heute bereits Blutopfer aufweisen, Fernsprech- und Telegraphenangestellte wurden zum Verschubdienst abkommandiert, ohne ihnen die nötige Einschulungszeit zu geben, und sie sind auf dem Felde des Dienstes als Opfer geblieben, sie wurden in ihrer ersten Dienstreise überfahren und getötet. Aber nicht nur die Sicherheit der eigenen Bediensteten, auch die Sicherheit des reisenden Publikums läßt man außer acht. Man geht her und will einfach im Diktatwege Dienst- und Ruhezeiten verfügen, denen die Bediensteten einfach nicht gewachsen sind, man will Dienst- und Ruhezeiten verfügen, die weit über die Ausmaße hinausgehen, die bereits im Jahre 1913 waren. Ich möchte es von dieser Stelle öffentlich sagen, daß man doch nicht mehr davon sprechen möge, daß der Achtstundentag bei den Eisen-

bahnern in seiner Anwendung und Auswirkung nicht möglich war, daß die Anwendung des Achtstundentages zu ungeheuerlichen Dingen geführt hat. Wer Derartiges sagt, kennt entweder nicht die Verhältnisse oder ist böswillig und spricht die Unwahrheit aus. Es ist unrichtig, wenn behauptet wird, daß heute ein Wächter acht Stunden Dienst macht und während dieser Zeit ein bis zwei Züge befördert werden, sondern richtig ist, daß heute bei den Österreichischen Bundesbahnen Bedienstete bis zu 18 und 20 Stunden ununterbrochen Dienst machen (*Hört!-Rufe links*) und nach einer 16stündigen Ruhezeit neuerdings 22 Stunden Dienst haben. So sieht der Achtstundentag bei den Bundesbahnen aus, nicht wie in der böswilligen Darstellung, die ihm manche Haßer gegeben haben.

Es ist uns bekannt, daß die Regierung den Versuch unternimmt, das, was ihr im Verhandlungswege nicht gelungen ist, nunmehr von diesem Hause auf gesetzlichem Wege beschließen zu lassen. Es handelt sich da um die von mir eingangs erwähnte Kürzung der Sonderzulagen, die die Bundesbahnen im Ausmaße von 100 Prozent gegenüber 60 Prozent der übrigen öffentlichen Angestellten haben. Wir fordern die Regierung auf, nicht diese zwei Komponenten des Einkommens der Bundesbahnbediensteten und der übrigen öffentlichen Angestellten, sondern das Gesamteinkommen dieser beiden Kategorien miteinander zu vergleichen, soweit es eben verglichen werden kann. Wir werden dann sehen, daß bei den öffentlichen Angestellten eine Reihe von Maßnahmen durchgeführt wurde, die bei den Bundesbahnangestellten bisher noch nicht durchgeführt sind. Das hohe Haus hat ein Gesetz beschlossen, wonach bei einer Mietzinssteigerung auch der Mietzinsaufwand der öffentlichen Angestellten erhöht werden soll. Ich bringe hier zur Kenntnis, daß die Bundesbahnangestellten, obwohl alle übrigen öffentlichen Angestellten im vorigen Jahr eine Erhöhung um 1 Prozent, wirksam vom 1. August 1930, bekommen haben, diese Erhöhung erst vom 1. November bekommen haben und bis heute noch vergeblich um die Entscheidung ihrer Verwaltungskommission ringen, daß diese Erhöhung um 1 Prozent ebenfalls vom 1. August wirksam sein soll. Es ist eben die Eigenart der Verwaltungskommission der Österreichischen Bundesbahnen, daß sie sich niemals dazu herbeilassen will oder kann, jener Aufgabe, der sie nach den Personalvertretungsvorschriften gerecht werden sollte, nämlich in strittigen Fällen zwischen dem Personal und der Verwaltung eine Entscheidung zu treffen, in objektiver Weise nachzukommen. Es ist mir bekannt, daß der Referent, der zum Studium dieser Frage eingesetzt wurde, in seinen Schlußfolgerungen dazu kam, auszusprechen, daß der Anspruch des Personals, daß die Forderung der Personalvertretung wohlbegründet sei — eine Erklärung des Referenten, die selbstverständlich der Verwaltung nicht gepaßt hat, weshalb die Entscheidung über diese Frage vom Präsidenten der Verwaltungskommission

ganz einfach von der Tagesordnung abgesetzt wurde. *(Hört! Hört! links.)* Es bleibt also weiter der Zustand, daß Gebühren, die den Eisenbahnern von Rechts wegen gebühren würden, ihnen bis heute vorenthalten werden und nicht zur Auszahlung gelangen.

Ich glaube, Ihnen dargetan zu haben, daß es unmöglich ist, den § 8 in dieser Fassung im Gesetze zu belassen. Ich will den Ausführungen meines Parteifreundes Dr. Danneberg nichts hinzufügen, der ausdrücklich erklärt hat, daß es oberstes Erfordernis ist, wenn Notopfer gebracht werden sollen, erst alle jene Stände heranzuziehen, die noch nicht erfaßt wurden und die noch Notopfer bringen können. Wenn aber dieses Gesetz dann auch zur Verhandlung kommen sollte, so können wir heute bereits aussprechen, daß der § 8 in dieser Fassung, in der er hier steht, niemals Gesetz werden kann, daß es unmöglich ist, einem solchen Gesetz zuzustimmen, bevor die Regierung ihre Pflicht erfüllt hat und mit den betreffenden Organisationen der Bediensteten in Verhandlungen getreten ist. Wir können niemals zustimmen und werden niemals zustimmen, daß die Bundesbahnangestellten durch ein derartiges Gesetz in Form eines Notopfers mehr als doppelt so hoch belastet werden als die übrigen öffentlichen Angestellten. *(Lebhafter Beifall links. — Während vorstehender Rede hat Präsident Dr. Renner den Vorsitz übernommen.)*

Janicki: Hohes Haus! Wir hören seit Monaten und in den letzten Wochen in verstärktem Maße: Der Staat ist in Not, es müssen Opfer gebracht werden! Wir hören das von der Regierung, wir hören das aber auch von jenen Kreisen, die sich als die zur Führung unserer Wirtschaft Berufenen bezeichnen. Mein Parteigenosse Dr. Danneberg hat schon auf die Versammlung von Wirtschaftsführern hingewiesen, die wieder einmal zur Sparsamkeit gemahnt hat. Einer der Redner in dieser Versammlung war auch der Herr Abg. Strynischak von der christlichsozialen Partei, der dort ebenfalls für größere Sparsamkeit in den öffentlichen Haushalten eingetreten ist. Über eine Sparnotwendigkeit allerdings ist in dieser Versammlung nicht gesprochen worden: wir haben nichts davon gehört, daß dort irgend jemand aufgestanden wäre, um etwas über die Notwendigkeit des Sparens auch in der Privatwirtschaft zu sagen, und zwar vor allem anderen bei denjenigen, die es für notwendig finden, den öffentlichen Körperschaften das Sparen so dringend ans Herz zu legen; wir haben nichts davon gehört, daß dort ein Vorschlag gemacht worden wäre, im Wege eines Gesetzes diejenigen zu Opfern zu zwingen, die aus der zusammenbrechenden Wirtschaft seit Jahren Riesenbeträge zu ihrem eigenen Vorteil herausgeschunden haben; wir haben nichts davon gehört, daß dort der Vorschlag gemacht worden wäre, an Stelle der schüchternen Empfehlung, die von der Regierungsbank aus hier gelegentlich des Credit-Anstaltsgesetzes an die Herren Direktoren und Verwaltungsräte der Credit-Anstalt gerichtet wurde, ein

Gesetz zu stellen, durch das diese Herren gezwungen werden, ihrerseits Opfer zu bringen. Und sie haben viel mehr Anspruch darauf, zu solchen Opfern herangezogen zu werden, denn es sind nicht zuletzt die Wirkungen und die Folgen der segensreichen Tätigkeit dieser Herren Wirtschaftsführer, die jetzt Arbeiter, Angestellte und Beamte mit einer katastrophalen Herabdrückung ihrer ohnehin schon im Elendszustand befindlichen Lebenshaltung bezahlen sollen.

Es wird von der Regierung behauptet, beziehungsweise der Herr Finanzminister hat ausgerechnet, daß mit einem Abgang in der Bundesgebarung von mindestens 150 Millionen Schilling zu rechnen sei, wobei der Abgang bei den Bundesbahnen noch gar nicht in Betracht gezogen wird. Vor sechs Wochen hat die Regierung anders gesprochen. Am 20. April fand eine Konferenz der Mehrheitsparteien statt, in der der Herr Finanzminister den in der Öffentlichkeit und besonders in der Presse verbreiteten Gerüchten über das hohe Defizit im Bundeshaushalte entgegentrat. Er erklärte damals, daß die Steuereingänge des Monats März hinter jenen des Vorjahres nicht zurückgeblieben sind und daß die Gerüchte über einen Abgang von 150 bis 200 Millionen Schilling absolut übertrieben sind. Und heute, richtiger gesagt, schon einen Monat später hat der Herr Finanzminister das Gegenteil von dem gesprochen, hat der Herr Finanzminister sich genötigt gesehen, verschiedene gesetzliche Maßnahmen anzukündigen und auch in diesem Hause vorzuschlagen, die den Zweck verfolgen, diesen Abgang im Staatshaushalt auszugleichen. Ich muß schon sagen, daß es zumindest höchst erstaunlich ist, wenn innerhalb von vier Wochen die Anschauung des Finanzministers darüber, wie es im Staatshaushalt aussieht, sich so grundlegend ändert. Entweder der Herr Finanzminister hat am 20. April noch nicht gewußt, wie es um die Staatsfinanzen steht, oder der Herr Finanzminister hat am 20. April gewußt, wie es steht, und er hat trotzdem eine Erklärung abgegeben, die mit seinem besseren Wissen in Widerspruch stand. Welchem Zweck das dienen sollte, das ist allerdings schleierhaft. Vielleicht kommt man der Wahrheit nahe, wenn man annimmt — und das wäre ja auch die Pflicht eines Finanzministers —, daß der Herr Finanzminister am 20. April schon gewußt hat, wie es um die Credit-Anstalt steht, und daß er aus diesem Grunde zunächst wegen der Lage im Bundeshaushalte beruhigend wirken wollte. Tatsache ist aber, daß dadurch ein ganz falsches Bild erzeugt wurde. Aus diesem Zusammenhang müßte man aber auch den Schluß ziehen, daß der Abgang von 150 Millionen Schilling, der uns jetzt vorgehalten wird, nicht zur Gänze auf Steuerrückgänge, also auf eine Verminderung der Einnahmen, zurückzuführen ist, sondern daß in diesem Abgang bereits jener Teil der Aufwendungen einkalkuliert ist, die der Bundeschatz bis zum Schluß des Jahres aus Anlaß der Wirtschaftskatastrophe zu machen haben wird,

die durch die Credit-Anstalt ausgelöst wurde, daß also hierin bereits ein Teil der Leistungen enthalten ist, die dem Staate aus dem Zusammenbruche der Credit-Anstalt erwachsen. Das heißt also: ausschließlich Arbeiter, Angestellte und Beamte sollen dazu herangezogen werden, diese Kosten zu tragen. Und daß es sich nur um Arbeiter, Angestellte und Beamte handelt, geht ganz deutlich aus der Zusammenstellung jener Maßnahmen hervor, die die Regierung vorsieht, um den Abgang von 150 Millionen Schilling zu decken. Da sind einmal die schon früher erwähnten 64 Millionen Schilling Abstriche im Sachaufwand. Das bezahlen die Arbeiter und Angestellten damit, daß die Arbeitslosigkeit statt eingeschränkt wieder vergrößert werden wird. Dann soll ein Betrag von 16 bis 20 Millionen Schilling durch die Verschlechterung der Arbeitslosenversicherung hereingebracht werden. Wieder sind es die Arbeiter und Angestellten, die das steuern sollen. Dann ein Betrag von 18 Millionen Schilling aus dem Besoldungssteuergesetz, das die Regierung dem Hause vorlegt. Diese Besoldungssteuer soll ihre Wirksamkeit auf alle öffentlichen und privaten Angestellten in gesicherten Stellungen erstrecken und überdies auf Privatangestellte mit Bezügen von über 12.000 S jährlich Anwendung finden. Weitere 15 Millionen sollen durch das Gehaltsfürzungsgesetz erspart werden, das heißt also, die Bundesangestellten sollen durch Verminderung ihres Einkommens dazu beisteuern, daß das Loch im Bundeshaushalt verstopft wird. 41 Millionen Schilling endlich sollen hereingebracht werden durch neue Steuern, durch Erhöhung der Agrar- und Industriezölle, durch Erhöhung der Preise für die Fabrikate der Tabakregie und durch Erhöhung der Finanzzölle auf Tee und Kaffee. Zusammen macht das den Betrag aus, den die Regierung benötigt. Alle diese Kosten sind aber solcherart, daß sie nur für die breiten Schichten der arbeitenden Bevölkerung Opfer bedeuten, während nichts vorgesehen ist, was diejenigen Schichten der Bevölkerung heranzieht, die den Profit davontragen, jene Schichten, die bisher noch aus jedem Zusammenbruch Profit geschlagen haben. Wir hören nichts von einer Erhöhung der Einkommensteuer auf hohe Einkommen, wir hören auch nichts von einer Erhöhung der Vermögenssteuer und anderen Möglichkeiten. Wir sehen nur, daß hier nach dem Grundsatz vorgegangen wird: die Masse soll es machen — die Masse, der ununterbrochen die schwersten Opfer auferlegt werden. Man muß sich schon die Frage vorlegen, ob denn die Regierung und ob jene Parteien dieses Hauses, die die Regierung in ihren Plänen unterstützen, wirklich bereits jede Fühlung mit den Volksmassen und jede Kenntnis der Stimmung in der Bevölkerung verloren haben. Meine Herren! Sie tanzen auf einem Vulkan! Sie kennen die Stimmung im Volke nicht. Sie überspannen den Bogen! Wir können Sie nur nachdrücklich warnen, immer wieder Ihre Hand in die Taschen der Besitzlosen zu stecken, die Leute aber, die sich ihre

Taschen auf Kosten der Besitzlosen füllen, davonlaufen zu lassen. (*Rufe links: So ist es!*) Wir haben noch nichts davon gehört, daß sich die Regierung entschlossen hätte, einmal mit dem Herrn Sieghart Abrechnung zu halten — auch einer der Wirtschaftsführer, die gezeigt haben, wie man es als Wirtschaftsführer machen muß, um vor allem andern selbst zu profitieren; wir haben nichts davon gehört, daß man mit dem Herrn Sieghart darüber gesprochen hätte, was er auf dem Altar des Vaterlandes, wie Sie immer sagen, als Opfer niederlegen will, wir haben auch nichts davon gehört, daß man mit anderen Herren darüber gesprochen hätte, ob sie geneigt sind, von ihren hohen Bezügen, die sie in den letzten Jahren aus bankerotten Unternehmen herausgezogen haben, wenigstens einen Teil rückzuerstatten. Nein, zum Opfern auf den Altar des Vaterlandes, dazu sind nur die breiten Schichten der Arbeiter, Angestellten und Beamten da. Und so wie Sie sie im Jahre 1914 zur Schlachtbank hinausgeführt haben in die Schützengräben und die Massen ihr Blut, ihre geraden Glieder und ihr Leben hergeben mußten, so schleppen Sie heute die Arbeiter, Angestellten und Beamten auf die wirtschaftliche Schlachtbank. Diese sollen büßen für die Sünden, die die sogenannten Wirtschaftsführer an der Wirtschaft begehen. (*Lebhafter Beifall links.*)

Es ist hier von Vertrauen gesprochen worden. Nun ein kleiner Ausschnitt aus der — wie soll ich sagen? — moralischen Atmosphäre, in der diejenigen leben, die immer von den anderen Opfer verlangen: Uns ist noch immer das Bild gegenwärtig, das sich uns geboten hat, als die Nachricht von den Schwierigkeiten der Credit-Anstalt in die Öffentlichkeit kam. Wir haben gehört, wie ungeheuer die Verluste sind; wir mußten hier Gesetze verabschieden, die dazu dienen sollten, den wirklichen Zusammenbruch zu verhindern, wir mußten Gesetze verabschieden, die dem Staate und somit der Gesamtheit des Volkes schwere Opfer und ein schweres Risiko auferlegen, das sich augenblicklich nicht einmal in Ziffern zusammenfassen läßt. Während aber Regierung und Parlament sich in hartem Kampf abmühen, alle Vorkehrungen zu treffen, um zu verhindern, daß die Folgen der Mißwirtschaft bei der Credit-Anstalt über den ganzen Staat kommen, besucht zu derselben Stunde, wie die Zeitungen ehrerbietig melden, der Präsident dieser Bank, die mit Steuergeldern gestützt werden muß, das Kennen. Sehen Sie, das ist ein Ausschnitt aus der moralischen Atmosphäre, in der wir uns in Österreich bewegen.

Gestern oder vorgestern hat die Nationalbank den Zinsfuß erhöht — eine Maßnahme, die angesichts der wirtschaftlichen Verhältnisse notwendig gewesen ist, die aber wieder für die ganze Wirtschaft und damit auch für die Arbeiter und Angestellten und ihre Lebenshaltung eine neue Belastung, eine neue Erschwerung bedeutet. In der Begründung, die seitens der Nationalbank für die Zinsfußerhöhung gegeben wird, befindet

sich aber eine Stelle, die ich nicht unbeachtet lassen kann. Da heißt es, daß die Zinsfußerhöhung unter anderem auch den Zweck hat, der Kapitalsflucht Einhalt zu tun und zu bewirken, daß wieder ein Anreiz zu Anlagen in Schillingwährung gegeben wird. Was ist das für eine Kapitalsflucht? Es scheint, daß gerade jene Kreise, die nicht aufhören können, alle andern zur Sparsamkeit und zur Einschränkung aufzufordern, für sich der Tapferkeit besseres Teil: die Vorsicht, gewählt und mit niedrigen und hochverräterischen Machenschaften eingesetzt haben, um ihren Raub im Ausland ins trockene zu bringen. Uns aber predigen sie, wir sollen den Riemen enger ziehen. Und nun kommen Sie zu den Beamten und verlangen, daß die Beamten sich ihre Gehälter kürzen lassen sollen. Ja, was muß sich ein solcher Beamter mit 250 S monatlich denken, wenn er in der Zeitung liest, daß in der Sitzung der Nationalbank selbst davon gesprochen wird, daß man die Kapitalsflucht eindämmen müsse?

Der Herr Abg. Joppa hat es bedauert, daß die Regierung mit diesen Vorlagen, die eine Kürzung des Einkommens der Bundesangestellten bedeuten, so ohne jede psychologische Vorbereitung ins Haus und vor die Beamenschaft getreten sei. Nun, eine gewisse Art von psychologischer Vorbereitung ist schon betrieben worden. Man hat mit verteilten Rollen gespielt. Während auf der einen Seite sowohl der Herr Bundeskanzler wie der Herr Finanzminister und auch der Herr Seeresminister in Versammlungen und bei offiziellen Gelegenheiten immer wieder beruhigende Erklärungen abgegeben haben, daß keine Rede von Kürzungen der Gehälter der Beamten sei, daß der Ministerrat sich noch gar nicht damit befaßt habe, hat der andere Partner inzwischen die psychologische Vorbereitung auf andere Weise besorgt, und zwar wurde aus Kreisen der sogenannten Wirtschaftsführer seit vielen Monaten gegen die Beamten in jeder Form gehetzt. Wir haben sogar in Zeitungsartikeln von sehr hervorragenden Wirtschaftstheoretikern der bürgerlichen Seite Vergleiche vorgerechnet bekommen mit der Schweiz, Vergleiche der jetzigen Personalstände mit jenen im Jahre 1924 — alle diese Vergleiche allerdings tendenziös gefärbt, vor allem und zum großen Teile auch auf Vergleichsgrundlagen beruhend, die miteinander gar nichts gemein haben. Aber es hat sich in der Öffentlichkeit eine planmäßige Hetze gegen die Beamenschaft seit vielen Monaten entwickelt. Das war die psychologische Vorbereitung: die Regierung beruhigend, die Herren von der Wirtschaft gegen die Beamten Stimmung machend, so daß die Beamenschaft sich seit Monaten seelisch auf einer Schaufel befindet. Den einen Tag geht's herunter, wenn in der Zeitung wieder die Rede irgendeines großen und erfolgreichen Wirtschaftsführers steht; am nächsten Tag kommt der Herr Bundeskanzler oder Finanzminister und gibt eine beruhigende Erklärung ab, und sofort geht die Schaufel wieder hinauf. Und das geht seit Monaten so; seit Monaten sind die Sa-

milien der Beamten von Sorge und Unruhe beherrscht. Denn es ist keine Kleinigkeit, wenn da monatelang die Beamten und ihre Familien zusehen müssen, wie da um ihr Schicksal gewürfelt wird, wie man sie absichtlich bis zum letzten Moment in vollständiger Unklarheit läßt, um dann überfallsartig mit einem Gesetz hierher ins Haus zu kommen. Wir haben gehört — und die Ziffer, die hier genannt wurde, ist richtig —, daß es rund 31.000 Bundesangestellte gibt, die ein Bruttoeinkommen zwischen 170 und 250 S monatlich haben; das Nettoeinkommen ist um ein Bedeutendes geringer und beträgt zum Beispiel bei dem Mindestlohnempfänger von 170 S durch die Abzüge in Wirklichkeit nur 152 bis 156 S im Monat, also rund etwas über 5 S pro Tag. Noch schlechter ist es bei den Vertragsangestellten, wo das Nettoeinkommen sogar unter 150 S sinkt. Bundesangestellte mit einem Bruttoeinkommen von 170 bis 250 S monatlich sind doch gewiß kein Steuerobjekt, dem, wie die Regierung sagt, eine „erhöhte Steuerkraft“ zuzusprechen ist. Aber auch von 250 S aufwärts, wo die mittleren Gehaltsklassen beginnen, ist der Durchschnittsbezug ein so niedriger, daß man auch da von einer erhöhten Steuerkraft nicht reden kann. Dabei überfieht die hohe Regierung einen höchst wichtigen Umstand: die enorme Verschuldung gerade dieser Schichten der Beamenschaft. Ich bin sehr erstaunt, daß sich der Herr Finanzminister so angestrengt hat, um zu entdecken, daß die Bundesangestellten noch die Tragfähigkeit für eine neue Steuer besitzen, daß er uns aber nichts darüber gesagt hat, wie er sich die Behebung der Verschuldung der Bundesangestellten vorstellt, eine Angelegenheit, die wirtschaftlich von größerer Bedeutung wäre als die Kürzung der Bezüge.

Gerade in Ihren Reihen wird ja immer gepredigt, wie notwendig es zur Bekämpfung der Wirtschaftskrise sei, die Kaufkraft weiter Schichten der Bevölkerung zu erhöhen. Gestern habe ich im Landbundsblatt eine Art Ultimatum an die Gesamtheit gelesen, in dem unter anderem stand, daß eine der wichtigsten Notwendigkeiten des Augenblicks die sei, die Kaufkraft der ländlichen Bevölkerung, der Landwirte durch gesetzliche Maßnahmen, Zollerhöhungen, Preisschutz, und ich weiß nicht, was alles noch, zu erhöhen, damit sie ihren Konsum steigern und dadurch die Produktion befördern können. Das steht in dem Blatte der gleichen Partei, die von Haus aus erklärt hat, sie sei unbedingt für die Kürzung der Gehälter der Bundesangestellten. Also: Erhöhung der Kaufkraft der ländlichen Bevölkerung, Herabdrückung der Kaufkraft der Bundesangestellten, das ist jetzt das Rezept zur Bekämpfung der Wirtschaftskrise.

Man hat auch anderwärts schon dieses Rezept versucht, man hat in anderen Ländern schon versucht, durch Lohn- und Gehaltskürzungen der Wirtschaftskrise beizukommen, aber überall mußte man sich davon überzeugen, daß es ein Weg ist, der nicht zum Ziele führt

Ich habe vor mir sogar ein internationales Beweisdokument. Zu Pfingsten hat über Einladung des Direktors des Internationalen Arbeitsamtes, Thomas, in Genf eine Zusammenkunft von Vertretern internationaler Organisationen öffentlicher Bediensteten und Beamten stattgefunden. Dort hat man sich auch mit der Frage der Lohn- und Gehaltskürzungen beschäftigt. An dieser Tagung haben teilgenommen: die Beamteninternationale, die Internationale der Polizeibeamten, die Internationale Vereinigung des Personals in öffentlichen Diensten und Betrieben, die Internationale Organisation der Post-, Telegraphen- und Telephonbediensteten, die christliche Post-Internationale und eine Reihe anderer bürgerlicher Organisationen, die auf internationaler Grundlage stehen. Alle diese Organisationen ohne Unterschied der Weltanschauung haben gemeinsam eine Entschliebung gefaßt, aus der ich nur einen Punkt hervorhebe. Es heißt da (*liest*): „Die genannten Organisationen bedauern, daß eine Reihe von Staaten es für notwendig hielt, die Gehälter und den Lebensstandard der Beamten herabzusetzen, um der Wirtschaftskrise entgegenzuarbeiten. Die Vertreter unterzeichneter Verbände sind überzeugt, daß dieses Mittel vollständig ungeeignet ist, die Krise einzudämmen. Sie machen daher die Regierungen und das Internationale Arbeitsamt auf die Gefahr aufmerksam, die eine Herabsetzung der Kaufkraft der öffentlichen Arbeitnehmer für die Wirtschaft bedeutet.“ Diese Frage ist also schon Gegenstand internationaler Rundgebungen geworden. Bei uns bleibt man aber dabei, daß Lohnreduzierungen und Gehaltskürzungen das einzige in Betracht kommende Mittel zur Bekämpfung der Wirtschaftskrise darstellen. Alle schlechten Erfahrungen kommen diejenigen, die diesen Standpunkt vertreten, bisher nicht davon überzeugen, daß sie sich auf unrichtigen Wegen befinden.

Bei uns in Österreich kommt aber noch ein anderer Umstand dazu: Wie sollen es die Lohn- und Gehaltsempfänger verstehen, daß man von ihrem schmalen Einkommen Opfer fordert, wenn man zu gleicher Zeit anderen, in Not befindlichen Bevölkerungsschichten große Beträge als Notopfer zuwendet, wenn man sich auf den Standpunkt stellt, dem einen zu nehmen und dem anderen zu geben? Die Regierung wird mit diesen ihren Vorlagen auf kein Verständnis bei der Beamtenschaft stoßen. Die Regierung wird sich darauf gefaßt machen müssen, daß die Beamtenschaft diesen Absichten, ihr Einkommen so empfindlich herabzumindern, den schärfsten Widerstand entgegensetzen wird.

Hohes Haus! Ich möchte mich nur noch kurz mit einigen Bestimmungen der beiden Gesetzentwürfe beschäftigen. Was über das Besoldungssteuergesetz grundsätzlich zu sagen war, hat mein Parteifreund Dr. Danneberg bereits gesagt. Ich will noch auf eines hinweisen: Dr. Danneberg hat bereits gesagt, daß es ganz ausgeschlossen ist, eine so ungerechte Staffe lung Wirklichkeit werden zu lassen. Diese Staffe lung ist aber

von einem bestimmten Gesichtswinkel aus sehr interessant. Wir finden hier die erste Stufe von 2400 bis 4800 S jährlich und als nächste Stufe 4800 bis 14.400 S jährlich. Ein Bundesangestellter mit 400 S monatlich soll also den gleichen Prozentsatz an Steuer bezahlen wie ein solcher mit 1200 S monatlich. Welchem Umstand verdankt dieser große Sprung der Skala seine Entstehung? Wenn man sich das Gehaltschema der Bundesangestellten mit den verschiedenen Bezugsstufen näher ansieht, so kommt man darauf, daß 14.400 S jährlich dem Jahresbruttoeinkommen etwa der dritten Gehaltsstufe der zweiten Dienstklasse entspricht. Das heißt, daß sich 90 Prozent der hohen Beamten, vor allem der Zentralstellen, in Sicherheit bringen, indem sie sich unter denselben relativen Steuersatz stellen wie Beamte mit 400 S monatlich, die nie im Leben 1200 S monatlich erreichen können. Dafür finde ich nur einen Ausdruck: das ist eine grobe Unanständigkeit, und ich verstehe nicht, daß die Regierung so etwas akzeptiert, beziehungsweise für so etwas die Verantwortung übernimmt.

Weiters möchte ich zu demselben Gesetz noch auf die Bestimmung über das Überwälzungsverbot hinweisen. Ich verstehe ganz gut, daß sich der Herr Finanzminister vor der Gefahr der Überwälzung sichern will, aber ich glaube, daß man die ernstesten und schwersten Bedenken dagegen haben muß, wenn hier von der Außerkraftsetzung bereits bestehender vertraglicher Bestimmungen, die sich auf die Überwälzung solcher Steuern beziehen, gesprochen wird. Herr Finanzminister, wenn es möglich ist, hier vertragliche Bestimmungen mit einem Gesetz außer Kraft zu setzen, warum legen Sie dann nicht jenes Gesetz vor, mit dem die Verträge über die Pensionsbestimmungen annulliert werden, die der verfloßene Generaldirektor Strafella bei den Bundesbahnen abgeschlossen hat? Warum legen Sie nicht ein Gesetz vor, womit die Verträge annulliert werden, die Raubverträge, die die sogenannten Wirtschaftsführer mit bankrotten Unternehmungen abgeschlossen haben? (*Beifall links.*) Sie greifen in das Privatrecht nur dort ein, wo es zugunsten der Kapitalisten, zugunsten des Arbeitgebers geschieht, Sie lehnen es aber immer ab, in das Vertragsrecht zugunsten der arbeitenden Menschen einzugreifen.

Ich komme nun zum Gesetz über die Bezugskürzungen. Bevor ich aber darauf eingehe, muß ich etwas aus der Geschichte dieses Gesetzes erzählen, beziehungsweise möchte ich eine Frage an den Herrn Finanzminister richten. Der Gesetzentwurf, wie er uns hier vorliegt, mit der 5prozentigen linearen Gehaltskürzung, ist nicht das Gesetz, wie es ursprünglich gedacht gewesen ist. Es soll nach sicheren Nachrichten früher ein anderer Gesetzentwurf existiert haben, der nicht auf dem 5prozentigen linearen Abstrich aufgebaut war, sondern eine Staffe lung enthalten haben soll, die unten bedeutend unter 5 Prozent begonnen hat, dafür aber oben bedeutend über 5 Prozent hinausgegangen ist. (*Hört! Hört! links. — Bundesminister*

Dr. Juch: Absolut unrichtig!) Der Herr Finanzminister erklärt, ein solcher Gesetzentwurf hat nicht bestanden. Ich nehme das zur Kenntnis, muß aber bemerken, daß die Informationsquelle, aus der ich das habe, eine absolut amtliche und autoritative ist. *(Bundesminister Dr. Juch: Ich habe so einen Entwurf nie gesehen!)* Das ist möglich, Herr Minister, aber existiert hat er. *(Bundesminister Dr. Juch: Es ist aber ziemlich wichtig, glaube ich, daß ich ihn nicht gesehen habe!)*

Es wird ein Gesetzentwurf über die Kürzung der Bezüge der Bundesangestellten gemacht und dabei werden verschiedene Zusammenhänge, die dadurch entstehen, entweder vollständig übergangen, oder man kümmert sich um die Auswirkungen nicht. Die Bundesangestellten werden durch eine Kürzung ihrer Bezüge nicht nur unmittelbar hart betroffen, sondern diese Kürzung muß sich indirekt auch auf die Krankenversicherungsanstalt der Bundesangestellten in ruinöser Weise auswirken. Nicht nur die Lebenshaltung soll also herabgedrückt werden, es sollen auch die Leistungen der Krankenversicherungsanstalt vermindert werden, und es sollen dadurch die Bundesangestellten, wenn sie krank werden, zu den verminderten Bezügen auch noch die Auswirkung einer verschlechterten Krankenfürsorge zu spüren bekommen. Im vorigen Jahre mußten große Anstrengungen gemacht werden, um das Defizit der Krankenkasse der Bundesangestellten, das damals auf ungefähr 75.000 S im Monat geschätzt wurde, halbwegs zu bedecken. Zu diesem Zwecke sind nach langwierigen Verhandlungen mit dem Herrn Finanzminister, mit dem Bundesministerium für soziale Verwaltung und mit den Organisationen eine Reihe von Sanierungsmaßnahmen beschlossen worden. Diese Maßnahmen bestehen vor allem anderen darin, daß der Kranke, der die Leistungen der Anstalt in Anspruch nimmt, zu größeren geldlichen Leistungen herangezogen wird, wodurch die Mittel zur Behebung des Defizits aufgebracht werden sollen. Es wurde mit Wirksamkeit vom 1. August 1930 ein Behandlungsbeitrag für Physiotherapie und Röntgendiagnostik eingehoben. Ab 1. Oktober 1930 wurde der Behandlungsbeitrag für die allgemeine und insbesondere für die fachärztliche Hilfe erhöht. Die Rezeptgebühr wurde um 100 Prozent erhöht. Überdies wurde eine Änderung des Ver-

fahrens bei der Einhebung der Behandlungsbeiträge eingeführt. Alle diese Maßnahmen hatten den Zweck, der Krankenkasse der Bundesangestellten ein jährliches Plus von 356.000 S einzubringen und damit einen Teil des Defizits zu beseitigen.

Nun kommt die Gehaltskürzung. Wenn man die Auswirkung der Gehaltskürzung auf das Budget der Krankenversicherungsanstalt berechnet, so kommt man zu folgendem Resultat: im Jahre 1930 betrugen die Einnahmen bei der Krankenversicherungsanstalt rund 21 Millionen Schilling. Durch die Gehaltskürzung werden diese Einnahmen auf 20½ Millionen Schilling im Jahr herabgedrückt. Das heißt also: die Krankenversicherungsanstalt der Bundesangestellten verliert durch die Gehaltskürzung im Jahre 1931 mindestens 500.000 S an Einnahmen. Da hat man sich im Vorjahre ein halbes Jahr herumgerauft, um durch unpopuläre Maßnahmen glücklich 356.000 S zur Bedeckung des Defizits aufzubringen. Jetzt kommt die Regierung mit der Gehaltskürzung und konfisziert diese 356.000 S und vergrößert sogar das Defizit der Anstalt.

Präsident (unterbrechend): Ich bitte den Herrn Redner, abzubrechen.

Die Verhandlung wird abgebrochen.

Zugewiesen werden die Anträge Nr. 150 an den Justizauschuß, Nr. 151 an den Ausschuß für soziale Verwaltung, Nr. 152 an den Verfassungsausschuß.

An Stelle Dr. Kienböck als Ersatzmann des Immunitätsausschusses wird Kapral gewählt.

Nächste Sitzung: Dienstag, den 9. Juni, 11 Uhr vorm. Tagesordnung:

1. Fortsetzung der ersten Lesung der Regierungsvorlagen, betr. das Bezugskürzungsgesetz (B. 132) und betr. die Personalsteuernovelle vom Jahre 1931 (B. 134).

2. Bericht des Immunitätsausschusses über das Begehren des Bezirksgerichtes St. Pölten nach Auslieferung des Abg. Ing. Julius Raab wegen Übertretung gegen die Sicherheit der Ehre (B. 137).

3. Bericht des Immunitätsausschusses über das Begehren des Bezirksgerichtes Ritzbühl nach Auslieferung des Abg. Max Werner wegen Schmähung (B. 138).

Schluß der Sitzung: 6 Uhr 50 Min. abends.